

Dr. "Volkswacht"
erschint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Spezialan. Rem. Graupner. 1/4
und durch Anzeigen zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50,
1-1 ins Haus 2.92,
wo l. u. Post am Ort 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt
für die empfindliche Colonne
oder deren Raum 20 Pf.
Zusätzliche Inserate 40 Pf.
Zusätzliche unter Text 1 Pf.
Inserate für Arbeitsnachrichte
Ankündigungen 25 Pf.
Bereitschafts-Veranstaltungen
15 Pf. wöchentlich.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 63.

Breslau, Freitag, den 15. März 1912.

23. Jahrgang.

Puttkamer gegen die Revolution.

Der rücksichtslose Kampf gegen die Revolution gehört zu den Traditionen derer von Puttkamer, und nicht minder scheint unter allen Mitgliedern dieses Geschlechts Einmütigkeit darüber zu bestehen, daß man dem Umsturz nur dann an die Gurgel kann, wenn man zuvor dem Streik den Garaus gemacht hat. Der Minister von Puttkamer erklärte beinahe im Jahre 1886 jeden Streik für ein Stück Umsturz, und versicherte im Reichstage, daß hinter jedem Arbeiterausfall die Hydra der Revolution laueren, die im Jahre 1912 noch immer gestreift wird, macht sich ein anderer Puttkamerischer Herkules auf, um ebenfalls auf dem Wege über die Bekämpfung des Streiks die revolutionäre Hydra endgültig zu vernichten.

Mit 71 Genossen, unter denen sich 2 Fürsten und 29 Grafen, dagegen nur 5 Bürgerliche, bezeichnenderweise aber auch der Berliner Kathedersozialist Adolf Wagner befanden, hatte er im preussischen Herrenhause einen Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um Arbeitswillige und Gewerbetreibende in der Verwertung ihrer Arbeitskraft gegen den Terrorismus der Arbeiterorganisationen wirksam zu schützen, und am Dienstag begründete er diesen Antrag, genau in dem Stile des 1886er Puttkamers. Man hörte verhältnismäßig wenig von den Arbeitswilligen und den in ihrer Existenz bedrohten Krämer, um so mehr aber von der Revolution, an deren Vorabend wir nach Ansicht der erlauchten Herren der preussischen Lordschammer stehen.

Weder der Antragsteller, noch der Referent, Graf Zietzen-Schwerin, gingen auf die Materie, die der Antrag berührt, näher ein. Ein paar Schlagworte genügten ihnen und diesem so überaus anspruchsvollen „Parlament“ vollkommen. Auch dem Bergarbeiterstreik, von dem der Graf Zietzen scheinbar nicht einmal wußte, daß er bereits ausgebrochen ist — er sprach von dem in Aussicht stehenden Arbeitskampf — streiften sie nur. Ihnen war es um die Niederwerfung der Revolution zu tun, und wenn nicht der Generaldirektor und ehemalige Geheimrat Weitzmann aufgetreten wäre, dann hätten wir über das „Thema“ so gut wie gar nichts gehört. Und auch der ließ sich auf eine genauere Erörterung des Problems nicht ein. Er benutzte nur die Gelegenheit, um von dieser erhabenen Stelle aus die Interessen der Zechenkapitalisten zu vertreten, und die Regierung daran zu erinnern, daß sie dazu da sei, den Profit der Grubenbesitzer mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Dazu gehört nicht nur, daß sie Gendarmen und Soldaten in die gefährdeten Bezirke schickt, sie darf es sich auch nicht belassen, einen Vermittlungsversuch zu machen, denn sie versteht ganz und gar nichts von der Lohnfrage. Darüber können doch nur Kenner mitreden, und Kenner sind eben nur die Syndikatsherren und Generaldirektoren. Der Regierung einzige Pflicht ist, durch den nachdrücklichsten Schutz der Arbeitswilligen zu verhindern, daß der Streik Dimensionen annimmt, die den Kapitalisten un bequem werden könnten.

Diesen nachdrücklichen Schutz sagte denn auch der Vertreter des Ministers für Handel und Gewerbe, ein etwas hilfloser Unterstaatssekretär, zu. Polizisten, Gendarmen und wenn es not tun sollte, auch Soldaten werden in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Aber diese Versicherungen genügen den Herren noch nicht. Sie murren. Sie haben mehr erwartet. Rüksichtsloser als bisher muß zugegriffen werden. Man will ja der Regierung den Rücken steifen. Der Unterstaatssekretär hat nichts davon gesagt, daß man in Zukunft weniger Milde walten lassen sollte als bisher, er hat nicht den Belagerungszustand angekündigt, er hat auch kein neues Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen verschoben und die Ungeübten nur auf die Reform des Strafrechts vertröstet. Das ist zu wenig, und wenn die Antragsteller sich auch selbst absolut nicht darüber einig sind, was denn eigentlich geschehen soll, so hatten sie doch vom Regierungstisch die Erklärung erwartet, daß irgend etwas Großes, Durchgreifendes, Entscheidendes geschehen werde, und um Herrn v. Bethmann-Hollweg ihren festen Willen zu beweisen, nahmen sie den Antrag einstimmig an, wobei sie sich selbst lebhaft Bravo riefen.

Aber die Arbeitswilligen waren wirklich nur Neben sache. Als sich die Vertreter alten und besessenen Bestandes einmütig von ihren Plätzen erhoben, taten sie es in der Überzeugung, daß sie sich wieder einmal als das feste Bollwerk gegen den Umsturz bewährten. Der Arbeitswillige und der Kleingewerbetreibende waren nur ein Vorwand. Die Erlauchten verbargen hinter der rührenden Sorge um die Existenz und die persönliche Freiheit des armen Familienväters nur ihren Wunsch nach einer Regierung, welche die durch die Sozialdemokratie gefährdeten Privilegien ihrer Klasse mit starker Hand schütze, und in Grunde erschien ihnen weit bedenklicher als die „Rohheit“ der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Schwäche des Herrn Wassermann, der der Revolution die Hand reicht, und den Herr v. Puttkamer spöttisch einen merk-

würdigen Epigonen der Miquel, Treitschke und Bennigsen nennt.

Gewiß, die Herren wünschen im Interesse des Kapitals, von dem auch sie Profit ziehen, die Einschränkung der Streikmöglichkeiten, aber der Arbeitswilligenschutz ist nur ein einzelner Punkt aus ihrem Programm. Durch das Anwachsen der Sozialdemokratie sehen sie sich in ihrer ganzen Stellung bedroht, und deshalb rufen sie nach dem starken Mann mit den stählernen Nerven. „Vorbeugen“ heißt ihre Parole und Thron und Minister werden mit Erinnerungen an die Jahre 1789 und 1848 graulich zu machen gesucht. Die Revolution bricht herein und ihrer festen Überzeugung nach gibt es, um diese Gefahr zu bannen, nur das eine Mittel, die Macht der Privilegierten zu stärken und zu erhalten. So viel sie auch von den Jahren 1789 und 1848 reden, sie haben aus ihnen scheinbar doch noch weniger gelernt, als man es selbst von den Mitgliedern des preussischen Herrenhauses erwarten sollte.

Die Antwort an die Herrenhäuser.

Ein freundliches Dreiklassenschickal fügte es, daß am Tage nach der Arbeitswilligenherrlichkeit im Herrenhause der Etat dieser Versammlung geborener und besessener Gesetzgeber vom Abgeordnetenhaus zu beraten war. Genosse Hoffmann war in den Besitz eines umfangreichen Materials über höchst sonderbare Verwaltungszustände im Herrenhause gelangt und er trug diese kuriosen Dinge vor, indem er verschwenderisch Hohn und Spott über die Puttkammer des preussischen Landtags ausgoß. Die von dem Hausinspektor des Herrenhauses nach Hoffmanns Erzählungen unterhaltene Viehzucht auf dem Dache ergänzte sinnig den Kohl, der nicht nur von dem Hausinspektor — nach Hoffmann —, sondern auch im Sitzungssaale liebevoll gepflegt wird. Aber das sollte Hoffmann den Kaninchen und Hühnern auf dem Dache des Herrenhauses doch nicht zumuten, daß sie plötzlich einmal in eine Sozialistenkammer des hohen Hauses hineinfallen könnten. Was haben denn diese unschuldigen Tiere getan, um ihnen ein solches Schicksal zu wünschlen!

Beim Etat des Dreiklassenhauses selbst trat unser Genosse mit so guten Gründen für die Besserstellung des Personals ein, daß auch die Redner der anderen Parteien nur die Wünsche der Diener, Kellner etc. befürworten konnten. Das Haus war auch ziemlich einmütig in dem Verlangen nach rechtzeitiger Einberufung im Herbst und nach Ausdehnung des Geltungsbereichs der Abgeordnetenfahrkarten auf ganz Preußen, damit sie sich überall im Lande der Kontrolle der Verwaltung widmen können. Die Staatsregierung scheint aber keine Lust zu haben, den Wünschen des Parlaments Rechnung zu tragen. Nun, dann wird sie eben bis nach Pfingsten auf ihren Etat warten.

Die vor einigen Tagen abgebrochene Beratung der Wohnungsgesetzantträge der Freikonservativen und des Zentrums wurde fortgesetzt und Genosse Reich legte in seiner so sachkundigen und sorgfältigen Art die Stellung der Arbeiterpartei zur Wohnungsfrage dar, die nur durch die Vergeßlichkeit des Bodens radikal gelöst werden kann. Er unterließ, gleich dem Fortschrittler Dr. Fleischer, aber auch nicht, um so nachdrücklicher auf das Wohnungselend des platten Landes hinzuweisen, als die beiden Anträge das Wohnungsgesetz nur auf die Großstädte und Industriegebiete beschränkt und womöglich mit einer kleinen Beschränkung der Freizügigkeit verbunden sehen wollten. Sie wurden auch angenommen, ein fortschrittlicher Antrag auf Streichung der Beschränkung auf die Großstädte abgelehnt.

Kampf gegen drei Fronten.

B o h u m, den 12. März 1912.

Nach einer Zusammenstellung vom Mittwoch streiken im Ruhrrevier im ganzen 227000 Bergarbeiter.

Der soziale Kriesenkampf, der am Montag hier entbrannt ist, wird für alle Zeit in der Geschichte der Klassenkämpfe seinen besonderen Platz einnehmen. Man ist es gewohnt, zu sehen, daß Arbeit gegen Kapital steht, und man hat es oft mit Schmerz erleben müssen, daß das Kapital in solchen Kämpfen durch die Hilfe unwissender, vernehteter Proletarier gestützt hat. Was man aber jetzt hier erlebt, war noch nicht da. Hier steht ein Dreibund gegen einen anderen Dreibund: auf der einen Seite Freigewerkschaftler, Polen und Strich-Dunker, auf der anderen Kapital, Polizei und — christlicher Gewerbeverein!

Der Ruhrstreik muß sich erst gegen den christlichen Arbeitswilligenverein durchsetzen, wenn er den Kapitalisten ernste Zugeständnisse abringen soll. Daß das kein leichtes Stück Arbeit ist, war von vornherein klar, und den Leitern der Lohnbewegung vollauf bewußt. Man hat sich hier nicht darüber geäußert, und hat sich dadurch noch nicht entmutigen lassen, daß der Streik am ersten Tage bloß partiell blieb. So wenig der Anfang zu übertriebenen Hoffnungen berechtigte, so weit er hinter den Erwar-

tungen der Optimisten zurückbleibt, die eigentliche Entscheidung über die Ausdehnung des Streiks war mit ihm noch nicht gefallen.

Die offiziöse Berichterstattung war natürlich sofort wieder am Platze, um durch die Verbreitung niederdrückender Nachrichten für den Streikbruch Stimmung zu machen. Aber während am Montag Extrablätter und Anschläge in den Schaufenstern den Mißerfolg des Streiks verkündeten, gingen die Dinge ihren eigenen Weg, und schon am Montag abend war die Streikleitung in der Lage, eine wachsende Beteiligung an der Arbeitsniederlegung festzustellen. Man wird aller Voraussicht nach in den nächsten Tagen mit einem weiteren Aufsteigen der Streikwelle rechnen dürfen. Ob es aber gelingen wird, wie es tönnensicher wäre, etwa 75 Prozent der Untertagearbeiter für längere Zeit aus den Gruben herauszugelassen, wird in diesem Augenblicke niemand mit Bestimmtheit voraussagen wollen.

Noch in anderer Weise suchten unsaubere Elemente für einen sofortigen Abbruch des Streiks Stimmung zu machen. Man weiß, daß es in der Absicht der Streikleitung liegt, die Bewegung in voller Ordnung und Geheißlichkeit durchzuführen, und daß durch das Entstehen von Kravallen die Neigung zu einem vorzeitigen Abbruch gesteigert werden kann. Man beehrte sich also, die aufregendsten Nachrichten über schwere Zusammenstöße zu verbreiten, die sich bei näherer Sekundung sofort als bößig erfunden erwiesen. So sollten in Herne bei einem Kravall vier Menschen getötet, zahlreiche andere verwundet worden sein. Es war aber glücklicherweise kein Wort daran wahr.

Leider treibt die Regierung eine Politik, die ganz dazu geeignet scheint, die friedlichen Absichten der Streikleitung zu durchkreuzen. Muß schon die massenhafte Zusammenziehung von Polizei in dieser Richtung wirken und die allgemeine Erregung steigern, so ist die Organisierung der sogenannten Zechenwehren noch mehr zu beurteilen. Diese Zechenwehren, die in Feuerwehruniform vor den Zecheneingängen Wache halten, bestehen zum größten Teil aus Angestellten der Firmen, denen sie dienen. Das hindert aber die Behörde nicht, ihnen öffentliche Polizeigewalt zu übertragen. Man kann im Zweifel sein, ob es sich hier um eine Übertragung der öffentlichen gutsherrlichen Polizeigewalt auf die weiltlich-modernen Industrieverhältnisse handelt, oder ob bei der Organisierung dieser Zechenwehren das verächtliche System der amerikanischen Pinkertons als Muster gedient hat.

Außerdem bellagen sich die Leiter der polnischen Berufsvereine mit Recht aufs schwerste darüber, daß sie überall verhindert werden, zu ihren Landsleuten in ihrer Muttersprache zu reden. Der Sprachenparagraf des Reichsvereinsgesetzes wird in der rigorossten Weise gehandhabt und dadurch wird es den Streikleitern unmöglich gemacht, die Streikenden pflichtgemäß zu Ruhe und Besonnenheit zu mahnen. Der Sprachenparagraf und seine Anwendung durch die Behörde erweist sich hier, wie im Reichstage schon bei seiner Entstehung vorausgesagt wurde, als ein direkt ordnungsförderndes Element. Wie es heißt, beabsichtigen die Polen, die Sache im Reichstage zur Sprache zu bringen, und daß sie dabei die volle Unterstützung der Sozialdemokratie finden werden, ist von vorn herein gewiß.

Statt die Bevölkerung durch überflüssige Polizeimaßregeln zu erregen und den Streikleitern die Aufrechterhaltung der Ordnung zu erschweren, sollte die Regierung sich beeilen, eine Vermittlung herbeizuführen, die den Wünschen der Arbeiterschaft einigermaßen gerecht wird. Verschiedene Zechen haben neuerdings ihre Arbeiter-Ausschüsse zu Beratungen eingeladen; sollte sich hier das alte Spiel der patriarchalischen Belehrungen und Betrügnungen wiederholen, so kann das nur erbitternd wirken. Die Arbeiterverbände streiken nicht um des Streikes willen, sondern um reale Zugeständnisse zu erlangen. Sind diese erreicht, so wird auch der Streik endgültig zu Ende sein.

Bleibt es aber einseitigen beim alten, so möge man sich darüber nicht täuschen, daß der letzte Kampf nur das Vorspiel eines noch größeren sein wird. Ein Abbruch — würde er erfolgen — könnte nur den Sinn haben, daß man in sehr naher Zeit in stärkerer Rüstung zu einem zweiten Waffengange antreten will. Vielleicht ist es nötig, ehe dauernde Erfolge zu erzielen, erst mit den Feinden im eigenen Lager der Arbeiterschaft abzurechnen, die sich mit ihrem „Stiege“ brühten, als der offiziöse Telegraph am Montag den Erfolg des Streikbrechertums vorzüglich in die Welt hinaustrief. Für eine Part., auf dem Boden unüberbrücklicher Klassenolidarität stehende Arbeiterorganisation ist im äußersten Falle auch ein verlorenes Streik zu ertragen — das lehrt die Geschichte gewerkschaftlicher Kämpfe auf jedem Blatt. Der christliche Gewerbeverein aber hat in diesem Kampfe etwas verloren, was sich nicht wieder gewinnen läßt, seine gewerkschaftliche Ehre. Er hat aufgehört, zu den wirklichen Arbeiterorganisationen zu zählen, er hat sich mit den gelben Werkverreinen auf eine Stufe gestellt.

Die ihm drohende Auflösung von oben hat er dank gütlich abgewendet. Denn sollte der Papst noch immer daran denken, ihn aufzulösen, dann müßten ja die Zechenbarone eine Prozession zum heiligen Vater veranstalten,

daß er ihnen diese „nützlichen Elemente“ erhalten möge. Die Auflösung von unten wird dafür desto rascher ein-
setzen.

Alle Forderungen abgelehnt!

Nun ist auch die Komödie der Arbeiterausschüsse zu Ende. Die hatte man bekanntlich am Mittwoch zu Stun-
gen einberufen, angeblich, um mit ihnen über die Ver-
stellung der Arbeiter zu verhandeln. In Wirklichkeit aber
wurde, wie vorauszu sehen war, überhaupt nicht verhan-
delt, sondern ganz einfach dekretiert: Es bleibt alles beim
alten.

Die Antworten der Zechenbesitzer an
die Arbeiterausschüsse lauteten durch-
weg ablehnend. Auf einzelnen Zechen
wurde sogar erklärt, daß die Ausschüsse
zu einer Behandlung der Lohnfrage
überhaupt nicht zuständig seien. Anstatt
sich auf die Erörterungen der Lohnfrage überhaupt ein-
zulassen, forderten die Direktoren die streikenden Ar-
beitersmitglieder auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn
sie „mit gutem Beispiel voranzingien“, würden die anderen
schon folgen!

Für die breitere Öffentlichkeit ergibt sich aber aus
den völlig ergebnislosen Verhandlungen des Mittwochs
noch etwas Anderes. Die Einrichtung der Ar-
beiterausschüsse hat Bankrott gemacht.
Die auf sie gesetzte Hoffnung, sie könnten im gegenwärtigen
sozialen Kampf als Vermittlungsorgane dienen, hat
sich nicht erfüllt.

Das Versagen der Ausschüsse, der bräutliche Herrschafts-
punkt der Zechenbesitzer wird neue Scharen von Christ-
lichen und Unorganisierten in den Streik mit hineinzuziehen.
Für die Regierung wäre es jetzt allerhöchste Zeit, ver-
mitteln einzugreifen, und den Unternehmern zu Gemüte zu
führen, daß sie verpflichtet sind, die Stimme des Staates
zu hören, dessen starker Arm sie beschützt.

Die Regierung kann ihre Aufgabe nicht damit gelöst
sehen, daß sie Gendarmen gegen Streikende schickt!

Weiter schießen!

In Herne wurde am Dienstag abend der junge Arbeiter
Mathea von einem Gendarmen erschossen. Am Mittwoch
ließen die „Christen“ im Ruhrrevier ein Flugblatt verbreiten,
worin gemeldet war: in Herne sei ein Arbeits-
williger von Streikenden erschossen
worden!

Nichtige Meldungen über den traurigen Vorfall lagen
am Mittwoch früh den Redaktionen der Arbeiterpresse bereits
vor. Auch die Berliner Presse berichtete am Mittag und
Abend deselben Tages in der Hauptsache zutreffend. Im
christlichen Lager hat man sich also die Lügenmeldung direkt
aus den Fingern gesaugt.

Ein ureisender Arbeiter wird erschossen. Die „Christen“
und das Zentrum lägen ihn zu einem erschossenen Streik-
brecher um, und schreien nach stärkerem Schutz der Arbeits-
willigen.

Also: weiter schießen!

Zur Lohnbewegung

der ober-schlesischen Bergarbeiter.

Prompt antworten die ober-schlesischen Grubenmagazinen auf
die Eingaben der Bergarbeiter-Organisationen, prompter sogar
als die Grubenbarone im Ruhrgebiet. Aber ihre Antwort ist
die gleiche: Ein entschiedenes und bestimmtes „Nein!“ Am
20. Februar ging die erste Eingabe an den Berg- und Hütten-
männlichen Verein ab und am 25. erfolgte schon die ableh-
nende Antwort, und am 7. März wurde die zweite Lohnfor-
derung an die einzelnen Verwaltungen abgeschickt. Schon am
8. ging die erste Antwort ein, die also lautet:

Auf Ihre gest. Zuschrift vom 6. d. Mts. erwidern wir
ergerlich, daß wir Sie nicht als Vertreter un-
serer Belegschaft anzuerkennen vermögen.
Wir sind daher auch nicht in der Lage, mit Ihnen in Ver-

handlungen über die Höhe unserer Arbeiterlöhne eintreten zu
können.

Hochachtungsvoll

K a b l e r

Wir erkennen die Arbeiterorganisationen als Vertreter un-
serer Arbeiter nicht an; wir verhandeln nicht, sondern wir sind
die Herren im Hause und bestimmen selbstherrlich, was unsere
Lohnslaven verdienen und lassen uns von niemand hinein-
reden. Das wird mit dürren Worten ausgesprochen und es war
darauzusehen, daß die Antworten so ausfallen würden. Die
vorausgehenden Grubenmagazinen, wie die wörfeligen Kohlen-
barone nehmen für sich das Recht in Anspruch, sich in großen
geschlossenen Organisationen zu vereinigen und die Macht der
Organisationen für sich auszunutzen, aber den Arbeitern erkennen
sie dieses Recht nicht zu, die sind nach ihrer Meinung knechte,
und wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Das auch die hiesigen
Antworten genau so lauten werden, unterliegt keinem Zweifel,
da das Konzept sicherlich im Berg- und Hüttenmännlichen Verein
entworfen worden ist. Die Frage ist nun: Was werden die
Bergarbeiter-Organisationen und die Bergarbeiter selbst zu dem
prognostischen Verhalten der hochadligen und überchristlichen Gr-
ubenfürsten und -Gräfen sagen? Unter den Bergarbeitern herrscht
allgemeine Kampfesstimmung. Die Antwort wird nicht schwer
sein. —

In der Sackgasse.

W o s u m , 12. März 1912.

Wie die christlichen Bergarbeiter der Streikfrontparole ihrer
Führer Folge geleistet haben, davon zeugt die Zahl der Streik-
enden aus ihren Reihen. Es gibt Gruben, wo sämtliche christ-
lichen Bergarbeiter sich mit den Streikenden solidarisch erklärt
haben. So auf Grube Viktoria bei Linen. Hier streiken 200
christlich organisierte Bergarbeiter. Die Gewer-
vereinsführer sind geradezu sprachlos. Man hat geglaubt, die
christlichen Bergarbeiter wie bei den Reichstagswahlen an der
Stimme zu haben, und jetzt wird ihnen ihr repräsentatives Frei-
den durch ihren Anhang gründlich verweigert, d. h. wenn man
bei den christlichen Streikenden von einem Anhang des christ-
lichen Gewervereins noch reden kann. Die christlichen Arbeiter
treten z. B. auf Viktoria mit 50 Mann zum Verbands über.
Um die anderen nicht zu verlieren, erklärte der christliche Be-
zirksleiter Flege, daß sie doch nicht überreiten sollten, der Ge-
werberein würde die streikenden Mitglieder
unterstützen! Wir sehen, wie der Gewerberein
wider Willen in den Geldbeutel greifen muß, um den Streik,
den er niederringen wollte, zu unterstützen! Hoffentlich lassen
sich die christlichen Arbeiter nicht betören und entfernen sich aus
einer Organisation, die nicht mehr wert ist, daß ihr auch nur
ein einziger ehrlicher Arbeiter angehört.

Wie sich christliche Streikbrecher benehmen, dafür gleich-
falls ein Beispiel. In Hamm lief der christliche Vertrauens-
mann Wand mit dem geladenen Revolver in der Stadt herum.
Nicht lange! Streikende befreiten den Mann von der gefähr-
lichen Waffe, ehe er damit Schaden anrichten konnte.
Während wir dies schreiben, gehen uns Meldungen zu,
daß die christlichen Bergarbeiter, die streiken, aber dem christ-
lichen Gewerverein weiter angehören wollen, selbständige Streik-
büros errichten.

Die Lage in Sachsen.

Zwickau, 13. März. Dem Ansuchen der Bergarbeiter, bis
zum 12. März über ihre Forderungen bestimmte Erklärungen
abzugeben, sind in den Bezirken Zwickau und Lugau-Deßnitz
nur einzelne Grubenverwaltungen nachgekommen.
Unter ihnen befindet sich der Morgensternschacht, der sich
ablehnend verhält. Man glaubt, daß die übrigen Werke
diesem Beispiel folgen werden. In diesem Falle dürften die
Bergarbeiter den Streik bechließen. Es kommen
etwa 23000 Bergleute in den beiden Revieren in
Frage.

Zwickau, 13. März. Vom hiesigen Bergarbeiter-Verban-
de hat Agl. Bergant in Jacoberg in Sachsen um Vermittlung
zwischen den Arbeitern und den Werken ersucht worden. Das
Bergamt saute zu. Die Vermittlungsversuche werden im Laufe
der Woche stattfinden. Am Sonntag finden wiederum Berg-
arbeiterversammlungen statt, die sich mit der neugegründeten Lage
befassen werden.

Der Bogt von Sytt.

Erzählung von Theodor Mügge.

8]

Blötzlich aber ließ sie einen gellenden Schrei der Angst
aus. Die Schlupp fiel von der Höhe einer Woge in ein un-
ermessliches Tal, und vor ihr bäumte sich ein Wasserberg auf, der
die Spitze des abgetrochnen Wastes weit überragte. Sie konnte
nichts sehen, als die gelbe, mit Schaumspitzen durchsetzte Wand
des rollenden entsetzlichen Gebirges, über ihr war nur ein Stück
Hölle sichtbar, die der Fels eines schwarzen Berges zu sein
schien, unter ihr die ausgehöhlte Kluft, welche bis auf den
Grund des Meeres zu reichen schien. Hund wäher liegen sie,
bewegliche Massen empot, die wie gelblichgelbes, lachendes Metall
sich ausbehn und hoch oben Reihen glänzender Zähne weg-
ten. Der Sturm, der über ihren Kamm segte, hob diesen ab
und schleuderte ihn weit voraus; mit rasender Gewalt trieb er
den ungeheuren Wasserberg der Schlupp entgegen, und diese
lag ihm preisgegeben, vom Winde verblasen, in der Reize des
Tales und sah, wie das gebundene Opfer an der Schach-
bowl, den Todesstoß zu erwarten.
Inständig flammerte Lina sich an dem Schenglitter fest,
das zum Hinansteigen an der Treppe diente. Ihre lebendes
Auge traf den Kamm an der Steiner, der mit äußerster Gewalt
das Rad hielt und in dessen Jügen sich ein wildes Entsetzen
malte. Die trunken oder erregten von einem kühnen Hauber,
tanzte die Schlupp hinunter und schlängerte mit ihrem Bug
zu Seite. In ihrer Angst wandte das junge Mädchen den
Blick nach dem Deck zurück. Noch immer lag Jans dort und
stählte mit der eisigen Haß die Reihbänder zusammen. Jetzt
wandte er den Kopf zu ihr hin und sprach erheitert auf. Er
sah sie an und sprach: „Ihre Augen sind so schön, aber über ihm
raute die ungeheure Woge, um ihn lag eine Nacht des Schreckens
und er sah es nicht zu bemerken.“

In diesem Augenblick ließ das junge Mädchen den Schrei
der Verzweiflung aus, der jählich erlosch. Sie wollte ihm zu-
winken: sie freute der Arm nach ihm aus und deutete auf
das Geheiß des Todes, das tausend Arme nach ihm ausstreckte.
aber ihre Lippen schlossen sich. Sie sah nichts mehr, als eine
unüberwindliche Mauer, die schwarz wie die Nacht lag über
den Schiffe anbrachte. Sie fühlte den Druck der Luft schne-
den sich über ihr Gesicht wie mit Nebelstücken durchbohren. Die
Mauern des Meeres schloß sie so wie die Höhe anstiebt. Ihr

Haar flatterte wild ihm nach; dann folgte ein Schlag, der
donnernd und knirschend die Seite der Schlupp traf. Der Boden
zitterte und sank unter ihren Füßen, eine dicke Wassermaße
stürzte über sie hin und begrub sie. Es war, als würde sie
aufgehoben und getragen, als würde sie fortgerissen in uner-
messliche Fernen. Ihre Finger öffneten sich, sie wollte um sich
fassen, sich halten und verlor das Bewußtsein.

3.

Als Lina die Augen zuerst wieder öffnete, war sie zwei-
felslos, ob ihr Entsetzen in einer anderen Welt erfolgt sei, oder
ob sie noch auf der Erde atme und lebe. Sie fühlte kein
Schwanken und Rollen des Schiffes, und doch lag sie auf
einem Lager, das dem Welt sehr ähnlich war, auf welches sie
Linsen gewiesen hatte. In der Wand war es eingelassen,
rings umher Holzwerk, dessen offene Seite durch keine blumige
Vorhänge von Raumvollzug bedeckt wurde. Sie selbst lag
auf Matragen, mit Welle die ausgefüllt, in weiße Wolldecken
fest eingehüllt. Es war ein Traum, den sie juchend geräumt
hatte, aber sie war entsetzt. Wo war ihr Mantel, ihr Hut,
ihre Schuhe? Ihre verstaubten Hinde stiegen durch den Spalt
der Vorhänge, und sie erregte über die Folgerungen ihrer Ge-
danken, die sich verwirren, je mehr sie sich nachzudenken be-
mühte. Endlich war ihr so viel gewiß, daß sie in einem
jüngeren Zimmerchen sich befand. Ein Fenster ließ die warmen
Sonnenstrahlen herein, aber die Sonne fand sich, als würde sie
unerschöpflich; ihr wälicher Schimmer überglitterte die gelben, glän-
zenden Wände, welche mit Delicate geschrien, ungemein sauber
aussehen.

Die Wände der Kajüte in der Schlupp waren braun, sie
erinnerte sich deutlich daran; das Licht fiel dort von oben
herin. — Sie war nicht mehr auf dem Schiffe; aber, gültiger
Gott! wo war sie und was war aus ihrem Vater, aus Lorn-
sen, aus ihren unglücklichen Geschwistern geworden?
Ein aufsehender Schmerz beehrte diese Gedanken, ihr
Herz hing heilig an zu klagen. Sie versuchte, sich aufzurichten
und griff nach ihrem Kopfe, der mit einem Tuche umwunden
war. — Mit zitternder Hand in immer größerer Aufregung
zog sie ein Stückchen des Vorhanges fort; aber allabend lief
die Freude durch ihr Blut, als sie ihren Vater blatt an ihrer
Seite erblickte.

Der alte Herr saß in einem großen Sessel mit hoher
Lehne. Er schief den mühen Schlaf der Gerechten; ganz be-
haglich und friedlich hatte er sich bezug ausgebreitet. Riffen von
Seiten bildeten die Polster, an welche er den Kopf lehnte;

Abgeordnetenhaus und Bergarbeiterstreik.

Die dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Interpellationen
über den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier haben folgende
Fassung:

Die konservative Interpellation lautet: „Ist die
Königliche Staatsregierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen,
wie weit die Nachrichten über Ausschreitungen in den
Streikgebieten den Tatsachen entsprechen und ob voll genügende
Maßregeln getroffen sind, um den Arbeitswilligen unbedingten
behördlichen Schutz zu gewähren und die Ordnung aufrecht zu
erhalten?“

Die freikonservative Interpellation hat folgenden
Wortlaut: „Ist die Königliche Staatsregierung bereit, über
den Stand des Bergarbeiterstreiks im Ruhr-
revier, insbesondere über die Maßnahmen zum Schutz der
Arbeitswilligen und deren Wirksamkeit Auskunft zu
erteilen?“

Die national-liberale Interpellation lautet: „Sind
die Königliche Staatsregierung bereit, über die Lage des Aus-
standes der Bergarbeiter im Ruhrrevier Auskunft zu erteilen?
Ist seitens der Königlichen Staatsregierung ausreichend Vor-
sorge zur Aufrechterhaltung der öffentlichen
Ordnung im Streikgebiet getroffen?“

Die fortschrittliche Interpellation lautet: „1. Sind
die Königliche Staatsregierung bereit, darüber zu er-
teilen, ob sie rechtzeitig Schritte getan hat, dem
Ausbruch der Arbeitswilligen im Rheinisch-Westfälischen
Kohlenrevier vorzubeugen? 2. In welcher Weise ordnet sie zur
möglichst schnellen Beendigung des Streiks be-
auftragungen?“

Nachträglich lief folgende Interpellation des Zentrums
ein: „1. Sind die Königlichen Staatsregierung die Ur-
sachen bekannt, die zu dem Ausbruch von Bergarbeitern im
Ruhrrevier führten? 2. Answieweit sind die fiskalischen
Maßnahmen von dem Ausbruch in Mitleidenhaft gezogen? 3.
Welche Stellung hat die Verwaltung der fiskalischen Gruben zu
dem Ausbruch, insbesondere zu den Forderungen der Berg-
arbeiter angenommen, und welche Stellung gedenkt die Verwaltung
für die Folge einzunehmen?“

Die Regierung und der Bergarbeiterstreik.

Entgegen den Behauptungen der Schornacherpresse, die
Regierung lasse es bei dem gegenwärtigen Streik im Ruhrrevier
an dem genügenden Maß von Gewalt bei Durchführung des
Arbeitswilligen scheitern, wird halbamtlich folgendes er-
klärt:

Wie unzutreffend eine derartige Annahme ist, geht aus
den strengen Instruktionen hervor, die logisch vom
Beizim der Bewegung an in dieser Beziehung an die mit der
Durchführung des Schutzes beauftragten Provinzialbehörden
ergangen sind. Diese Behörden sind veranlaßt worden, mit
Hilfe der weitestgehend verstärkten Polizei und Gen-
darmarie in dem Schutz der Arbeitswilligen in un-
fassendem und vollstreichendem Maße durchzuführen. Auch
sind die Behörden ausdrücklich darauf hingewiesen worden,
daß, wenn der hienach unbedingt zu gewährenden Schutz
der Arbeitswilligen mit den vorhandenen Polizeikräften nicht
durchgeführt werden kann, rechtzeitig militärische Hilfe
heranzuziehen ist.

Gendarmen, Schutzleute, Soldaten gegen die Not des Berg-
arbeiters — das bleibt das Alibi der preussischen Re-
gierung.

Partieller Streik im Saagebiet.

St. Ubold, 12. März. Auf der Grube Wertenbach der
Saar- und Reichsbergwerksgesellschaft ist stöcklich der Streik
ausgebrochen. Heute mittag sind von den rund 700 Mann
der Belegschaft der Grube 50 anwesend. Die Streikenden,
die ohne Kündigung die Arbeit niedergelassen ha en, stellen die
gleichen Forderungen wie die Arbeiter des Ruhrreviers. In den
sonstigen Gruben des Bezugs ist alles angefahren.

Politische Uebersicht.

Mit Landheil—Walter!

Die letzte Reichstagswahl hat unsern alten Freund aus
Seifersdorf, Kreis Liegnitz, Herrn Amtsvorsteher Walter
natürlich nicht schlagen lassen, leider aber kommt uns erst
heute einer seiner originellen Kläse in die Hände. Immer-
hin, er ist so interessant, daß er auch heute noch seinen Wert
behält, genau so als das Verlammtungsverbot, das sich auf
die Hochzeit des Herrn Gendarmen-Waldmeisters stützte.
Herr Walter, also der Amtsvorsteher (!), schreibt an seine
Untertanen:

Vaterlandsfreunde, Dorfbewohner, Berufsgenossen! In
den jetzigen Wahlausruhen winkelt der Liegnitzer
Freiinn um uner, der rechtsstehenden Parteien, Günst.
Circa 80 Jahre haben wir ihm unisoni Stichwahlhilfe ge-

seiner Hände lagen auf den Seitenstühlen und vor ihm stand ein
kleiner Tisch, der gerade so aussah, als habe er vor nicht langer
Zeit zur Befriedigung sehr irdischer Bedürfnisse gedient. Ein
großes Brot lag dort, daneben stand ein kleiner Napf mit
Zucker, auf einem Keller zeigten sich deutlich die Reste eines
gebratenen Hühchens, und seitwärts stand ein halb gefülltes Glas
und eine Flasche.

„Ich bin nicht tot“, flüsterte Lina, „und was ich erlebte,
war kein Traum. Ich lebe“, rief sie mit stärkerer Stimme. O
Gott! mein Vater, was ist mit mir vorgegangen?“

„Gibet mich fest, ganz fest!“ rief der Baron, sich ermun-
ternd, und die Augen groß aufmachend, folgte er mit den Hän-
den umher, als würde er etwas ergreifen. „O Lina!“ rief er
dann fort, „das ist eine schreckliche Begebenheit, all meine Tage
über will ich daran denken. Hast Du dich erholt, mein armes
Kind? Du bist blaß, entsetzlich blaß, ich werde dich immer
so sehen. Aber, was das Beste ist, wir sitzen jetzt im Trodnen,
obwohl ich es noch immer nicht recht begreifen kann. Es schau-
fest mir noch alles vor den Augen, ich schwärme, wenn ich gehen
will, und mein Magen hat sich umgekehrt, vollkommen umgekehrt,
denn wir haben förmlich Kopf gehoben: das Schiff, ich, Du!
Es ist ein Wunder, wie es möglich war.“

„Und Lina?“ fragte Lina, „wo ist er?“
„Das ist ein fürchterlicher Mensch“, sagte der alte Herr.
— „Das Leben hat mir ihm schuldig, ich gebe es zu, aber
männlich wir umgekommen wären, er hätte uns doch auf seinem
Gewissen.“

„Er ist also nicht umgekommen?“ rief sie, lebhafter sich
aufrichtend.

„Niemand ist umgekommen“, sagte der Baron. — „Do
liegt die Schlupp hinter der kleinen Insel — ich habe in
meinem Leben nicht solch erbärmliches Ding von Insel gesehen
— der betrocknete Burche ist mit meinen beiden Gefährten und
den Hausleuten eben dabei, den Schaden auszubessern, den Maß
zu fassen, und neue Taus einzuziehen.“

„Aber wo bin ich und was ist mit mir vorgegangen?“
fragte sie erklaunt.

„Du hörst es ja, Kind“, rief der alte Herr. „Du bist hier
auf einem der kleinen kleinen Land im Meer, die sie die
Gallien nennen. Klein: Wände den Schloßman sind es. Aber
welche das Meer bei jeder Flut hinreißt. Ein paar Schiffe
in der Mitte, die Mariten genannt werden, tragen die Käufer
auf solcher Wand und in solchem Hause sind wir nun. Es ist
jammervoll anzusehen.“

(Fortsetzung folgt.)

leitet, aber jede Gegenleistung an uns hat er auch diesmal abgelehnt. Das „Krautiger Lagerblatt“ hat sogar unsere Wahlaufrufe nicht aufgenommen, aber die der Roten. Nun ist unsere Geduld zu Ende.

121 Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte haben wir daher im Quartierhause zu Liegnitz beschloffen, nächsten Donnerstag nicht zu wählen. Wägen die freisinnigen Ausbreiter- und Böhmerische sich mit den roten Vaterlandverrättern allein drücken. Hier schimpfen sie auf einander und sonst überall haben sie ein Stichwahl-Abkommen gegen uns geschlossen. Die Jhr also eine weitere Entblätterung und Verarmung der Dörfer (Bölle abbauen) und Ausbeutung der Dorfbewohner vermeiden wollt,

wählt diesmal nicht,

kommt aber abends um 7 Uhr sehen, ob der Gelbfack — Stadtrat oder der rote Arbeiter-Verführer gewonnen hat. So lernen wir diesmal unsere Feinde kennen.

Mit Landheil

Walter.

Hörsehtrechte, Ausbeuter, Geldschadtrat, es ist ein erschrecklich frischer Ton, den der Herr Amtsvorsteher da anschlägt. Zum Glück ist er den Schlingen der Dame Justitia nicht so ausgelegt als wir. — wir erhalten schon wegen viel zarteren Ausdrücken Hausordnung, Prozesse, Geldstrafe und Loos hinter eisernen GARDINEN. Ein königlich preussischer Amtsvorsteher aber, der kann lustig daraufloschimpfen, gegen ihn sucht kein Staatsanwalt um die Stellung eines Straf-antrages nach.

Der Reichsanwalt und die Lehrvorlage.

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ geht folgende Meldung aus Berlin zu:

Der Reichsanwalt beabsichtigt den Führern der bürgerlichen Parteien noch in dieser Woche von dem wichtigsten Inhalt der Lehrvorlage Kenntnis zu geben, um ihre Meinung über die Zeichnungsfrage mitzuteilen. Die Zeichnungen sollen, wie die „Tägliche Rundschau“ hört, durchaus vertraulicher Natur sein. Der Reichsanwalt wünscht, daß überhaupt von der Lehrvorlage und ihrer finanziellen Seite nichts bekannt wird, bevor die Angelegenheit den Bundesrat passiert hat und hat an sämtliche beteiligten Stellen das Ersuchen gerichtet, über die Gültigkeit strengstes Stillschweigen zu bewahren. Sogar die Vertrauensmänner der großen nationalen Parteien, die sonst stets von dem Gang der Ereignisse unterrichtet werden sind diesmal auf besondere Anordnung völlig ausgeschaltet worden.

Wieso die Entwicklung ist in der Dunkelkammer des Reichschatzamts noch nicht beendet!

Allerhand Steuerpläne.

Daß im Reichschatzamt kampfhaft nach neuen Steuern gesucht wird, zeigt der folgende Brief, den die „Leipziger Volkszeitung“ zu veröffentlichen in der Lage ist:

„Der Deutsche Brauerbund, E. V., Geschäftsstelle Berlin-Charlottenburg, Sauerstrasse 20/21.

Streng vertraulich. 8. Februar 1912.

Sehr geehrter Herr!

Im Auftrage des Präsidiums teile ich Ihnen hierdurch mit, daß die nächste Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am Samstag, den 17. Februar 1912, in München stattfinden soll. Tagesordnung, Ort und Zeit der Sitzung werden noch mitgeteilt werden.

Gleichzeitig bin ich in der Lage, Ihnen auf Grund mündlichen Berichtes mit einem beunruhigten Herrn, der seine Informationen persönlich gestern von einer Reihe Parlamentarier und sonstigen zuverlässigen Quellen erhalten hat, folgende interessanter aber streng vertrauliche Mitteilung zu machen:

Es ist richtig, daß das Projekt einer Bier-Fabriksteuer im Reichschatzamt erwogen wurde, aber ebenso richtig, daß vor Einführung einer solchen Vorlage erst noch eingehende Erörterungen durch die Handels-Attacheen bei den Botschaften in Washington, London und Paris und durch speziell hierzu beauftragte Sachverständige im Auslande selbst beabsichtigt sind, welche das Wesen und die Wirkung einer Fabriksteuer betreffen. Wo: Abschluß dieser Ermittlungen wird an eine Brauereieroder Biersteuer nicht gedacht. So daß vor dem Jahre 1914 die letztere nicht zu erwarten ist. Diese Mitteilung ist meinem Gewissensnach von einer ganzen Anzahl von Parlamentariern gemacht worden, die ihn außerdem noch mitteilen, daß die Führer der bürgerlichen Parteien im jetzigen Reichstage für die nächste Woche zu Konferenzen in das Reichschatzamt eingeladen sind. Mehrere Besprechungen werden eine Milliardevorlage betreffen, die nicht weniger als die Aufstellung von zwei Armeekorps und weiter sehr bedeutende Erhöhungen des Präsenzstandes zum Gegenstande haben sollen und zirka 170 Millionen beanspruchen. Zur Deckung dieser Bedarfe ist aber, wie erwähnt, keine Ver- oder Brauereier, wohl aber eine Flaschensteuer und eine Reihe anderer Steuern in Aussicht genommen, unter denen sich auch eine Reichsteuer auf den Umsatz in Gastwirtschaften befinden soll. Für alle diese Deckungsvorlagen nimmt man mit Bestimmtheit eine Mehrheit an, die sich aus allen Parteien, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, zusammenlegen wird. Mit der Arbeitsunfähigkeit des neuen Reichstages und der Auflösung desselben wird durchaus nicht gerechnet.

Offenlich bestätigt der in zirka einer Woche zu erwartende Etat die oben wiedergegebenen, für die deutsche Brauindustrie günstigen Nachrichten. Interessant war zu erfahren, daß den unmittelbaren Anlaß zur Ergründung einer Bier-Fabriksteuer im Reichschatzamt eine Zeitschrift gegeben haben soll, welche von einem Brauer in Holzwinden, dessen Name mir nicht genannt werden konnte, emporgebracht ist und die im Speziellen darlegt, wie er sein Bier mit zirka 11 Prozent Salina herstellt und verkauft, im Verhältnis zu seinen Konkurrenten benachteiligt werde, die den Extraktgehalt ihrer Biere nur auf 8 Prozent herabgesetzt hätten und dadurch nicht jede Befastigung vermeiden hätten, sondern noch ein gutes Geschäft machten.

Mit vorzüglicher Hochachtung. R. A. Bruno Peltzohn, Direktor.

Gastwirte und Publikum wissen also Bescheid! Inwiefern die Hoffnung auf das Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien sich bewährt, muß die Zukunft lehren.

Besteuerung der preussischen Konsumvereine.

Die Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am Dienstag die Frage der Besteuerung der Konsumvereine beraten. In der Regierungsvorlage befindet sich eine Bestimmung, daß bei Konsumvereinen zu den steuerpflichtigen Abgaben auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengebot oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung gehört. Für diese Bestimmung liegen sich in der Kommission ganz besonders die Konservativen im Vordergrund, angeblich weil dadurch der Mittelstand geschützt würde. Umso erstaunlicher war

es, daß die Redner des Zentrums, die sonst in Über einstimmung mit den Konservativen sich als Mittelstandsbreiter aufspielen, plötzlich gegen die Regierungsvorlage Front machten. Sie sind, wie ihre Redner wiederholt erklärten, endlich zu der Überzeugung gelangt, daß auf diese Weise dem Mittelstand nicht nur nicht geholfen, sondern daß ihm sogar Schaden zugefügt würde. Aus diesem Grunde erklärten sie ihr Einverständnis mit einem Antrage eines sozialdemokratischen Mitgliedes der Kommission auf Erreichung der Bestimmung. Unser Genosse konnte sich, nachdem die Vertreter des Zentrums sich zu warm für seinen Antrag ausgesprochen hatten, darauf beschränken, die angebliche Mittelstandsbreiter einer Kritik zu unterziehen und dagegen Protest einzulegen, daß man mit einem Finanzgesetz derartige Zwecke verbinden. Er wies nach, daß der Zensus nur ein sehr geringes Interesse an der neuen Art der Konsumvereine-Besteuerung habe und veranlaßte, wenn man schon einmal die Konsumvereine besteuere, daß man dann die gleiche Bestimmung auch auf die Rabatt-Sparvereine und die Konsumantien anwende. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich auch die Fortschrittler und die Nationalliberalen. — Von konservativer Seite war noch ein Antrag eingeleitet, der auf eine Verweigerung gewisser landwirtschaftlicher Genossenschaften hinausläuft, ein Antrag, der von anderer Seite als ungerecht und in seiner Wirkung mittelstandsfeindlich bezeichnet wurde.

Der Finanzminister äußerte sich zu den Anträgen nicht, nur sein Kommissar griff wiederholt in die Debatte ein, er konnte aber zur Rechtfertigung des Verhaltens der Regierung so gut wie nichts vorbringen.

Das Resultat der Debatte war die Annahme der Ausnahmestimmung gegen die Konsumvereine in der von der Regierung beantragten Fassung mit einem Zusatz, wonach auch Konsumantien unter diese Bestimmung fallen. Für diesen Antrag stimmten die konservativen Parteien und die Nationalliberalen, doch erklärten die letzteren, daß sie sich vorbehalten, zur zweiten Lesung einen Antrag einzubringen, daß von dem Rabatt der Konsumvereine 4 Prozent steuerfrei bleiben sollen.

Kann so etwas erlaubt werden? Das Zentrum führt jetzt in Bayern ein strenges Reg. ment. Das „Frank. Volksblatt“ des Herrn Viktorien Wertheimer schreibt in seinem Landtagsbrief vom 9. März:

„Sehr aufgefallen ist es, daß heute ein hoher Militärbeamter und Staatsrat sich sehr lange und in der liebenswürdigsten Weise mit dem Sozialisten v. Volkmar zu dessen Wahl zu unterhalten bestrebt. Eine halbe Stunde später stimmten die Sozialisten gegen den Militärstat.“

So etwas darf natürlich unter dem neuen ultramontanen Regime in Bayern nicht geduldet werden. Damit nicht wieder ein hoher Beamter in Versuchung gerät, sich mit Sozialdemokraten zu unterhalten, wäre es gut, wenn die Mitglieder der sozialistischen Volksvertreter durch hohe Gitter von den übrigen Blättern getrennt würden.

Wahlprüfungs-Kommission. Nach § 7 des Wahlgesezes kann ein Wähler seine Stimme nur in dem Wahlbezirk abgeben, in dem er wohnt. Das ist natürlich zwingend voraus, daß auch in jedem Wahlbezirk ein Wahllokal vorhanden ist, sonst kann der Wähler in seinem Bezirk nicht gültig abstimmen. Im Wahlkreis Köln-Land, in dem der Zentrumsmann Kuchhoff mit einer Mehrheit von nur 31 Stimmen gewählt ist, war in zwanzig Wahlbezirken das Wahllokal nicht im Wahlbezirk gelegen, in drei Fällen lag das Wahllokal sogar in einem andern Wahlkreis, nämlich in Köln-Stadt. Von sozialdemokratischer Seite wurde deshalb beantragt, die Wahl in diesen Bezirken für ungültig zu erklären. Die Vertreter des Zentrums traten diesem Antrag entgegen, weil es namentlich in Großstädten gerichtet immer möglich ist, im Bezirk selbst ein geeignetes Wahllokal zu finden. Die Kommission erachtet den Einwand für unerheblich. Die weitere Prüfung wurde vertagt.

Personenwechsel im Hansabund. Der Geschäftsführer des Hansabundes, Oberbürgermeister Knobloch, dessen Rücktritt vor einigen Wochen entschieden bekräftigt wurde, tritt nun doch zurück. Als Grund werden die ständigen Gesundheitsrückfälle angegeben. Als Nachfolger Knoblochs wird der frühere Reichstagsabgeordnete Stresemann (natl.) genannt.

Die Reichspartei ist wieder Fraktion geworden. Nach langen Mühen ist es der Reichspartei gelungen, wieder auf 16 Sitze zu kommen, die sie berechtigt, als selbständige Fraktion aufzutreten und eine Vertretung in den Kommissionen zu beanspruchen. Ein Widerstand ist die Fraktion fest beizutreten und als Nominal für den schwebenden fünfjährigen gab sich Graf Poladomsky vor, der gestand, daß ihn die Reichspartei lediglich im formalparlamentarischen Sinne als Mitglied mitaufnimmt, damit sie als selbständige Fraktion gelten kann.

Die badische Landtagsfraktion und Minister v. Dusch. Der Staatsminister v. Dusch hat die Mitglieder des Landtages auf ein ein Teil der nächsten Woche zum parlamentarischen Abend in das Ministerhotel eingeladen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben alle den Besuch abgelehnt, während bisher auch unsere Genossen sich vielfach an dieser Veranstaltung beteiligt hatten.

Bremische Steuerreform. Zur Deckung eines Fehlbetrags von einer Million Mark wird in Bremen eine Steuererhöhung geplant; es ist beabsichtigt, das Einkommensteuergesetz dahin abzuändern, daß die gezahlte Steuer nicht mehr wie bisher vom Einkommen abgezogen werden darf. Diese Veränderung soll 500.000 Mk. Mehreinnahmen bringen. Weiter soll die Erbschaftsteuer soweit erhöht werden, daß sie bei Erbansätzen von 500.000 Mark 6 v. H. erreicht. Außerdem soll der bremische Zuschlag zur Reichserbschaftsteuer erhöht werden, jedoch dieser Steuerertrag 276.000 Mk. ergibt. Endlich soll die Firmensteuer zu einer allgemeinen Gewerbesteuer erweitert werden, die auch die Gewerbe und das Handwerk trifft. Zugleich soll ihre Progression erhöht werden.

Ausland.

Protest gegen den zaristischen Justizmord an dem sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma. Aus Paris wird gemeldet: Le Groupe socialiste du parlement und die Commission Administrative Parlementaire haben sich dem Protest der deutschen Parlamentarier bezüglich der Affäre der Deputierten der zweiten Reichsduma angeschlossen.

Das neue englische Flottenprogramm. Der englische Flottenetat für das Rechnungsjahr 1912/13 schließt insgesamt mit 44.085.400 Pfund Sterling ab gegen 44.392.500 im laufenden Rechnungsjahr. In dem neuen Flottenbauprogramm sind an Schiffsbauarbeiten vorgesehen: Vier große Panzerkreuzer, acht leicht gezeichnete Kreuzer, zwanzig Torpedobootzerstörer und eine Anzahl von U-Booten und Hilfsfahrzeugen. Der Mannschaftsbestand wird um 2000 Mann vermehrt werden. In der Erklärung, die der erste Lord der Admiraltät Churchill dem Flottenetat beigegeben hat, heißt es, daß der Flottenetat unter der Voraussetzung zusammengeleitet worden sei, daß die vorhandenen Flottenprogramme der anderen Flottenmächte keine Erweiterungen erfahren. Im Falle solcher Erweiterungen würde es notwendig sein, sowohl für die zu bewilligenden Mittel als für den Mannschaftsbestand einen Nachtragset zu einbringen. Die Schiffsbauarbeiten werden 18.971,57 Pfund Sterling kosten gegen 15.088,877 im laufenden Rechnungsjahr; davon sind 12.087,787 Pfund Sterling für die Fortsetzung der Arbeiten an den bereits im Bau befindlichen Schiffen bestimmt und 1.902.800 Pfund Sterling für die In-

anahme der Neubauten des neuen Programms. Der Prozentsatz der Neubauten, die in dem neuen Rechnungsjahr in Angriff genommen werden sollen, ist größer als gewöhnlich. So wird es möglich sein, den Bau der gesamten neuen Torpedobootzerstörer auf einmal zu beginnen.

Die erste Verwirklichung des italienischen Kriegsmint-steriums. Die erste offizielle Liste der im nordafrikanischen Kriege Gefallenen oder Verschwundenen ist schon bekannt gegeben worden. Zu den Gefallenen werden auch die gerechnet, die nach der Schlacht ihren Verletzungen erliegen sind, nicht aber die an inneren Krankheiten Gestorbenen, deren die offizielle Veröffentlichung mit keinem Wort Erwähnung tut. Nach der Liste, die natürlich die Verluste der letzten Schlachten nicht einschließt, sind 47 Offiziere gefallen und 1 ist verstorben; von Soldaten sind 499 gefallen und 828 verstorben. Man dürfte nicht irre gehen, wenn man die Zahl der an inneren Krankheiten Gestorbenen mindestens ebenso hoch ansetzt, wie die der Gefallenen. Dies es doch schon vor Wochen, daß allein an Cholera über 500 Offiziere und Soldaten gestorben wären. Die Liste bezieht nur die ein, die genau identifiziert werden konnten. Die Hinterbliebenen waren vor der Veröffentlichung privatim benachrichtigt worden.

Parteiangelegenheiten.

Friedrich Engels über Stichwahltaktik.

Genosse E. B. Bernstein schreibt dem „Vorwärts“: Das Stichwahlabkommen, das der Parteivorstand in seiner Eigenschaft als Zentral-Wahlvorstand der Partei im diesjährigen Wahlkampf mit der Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei geschlossen hat, ist, formell betrachtet, sicherlich für unsere Partei etwas Neues gewesen. Es wäre unrichtig, zu sagen, daß es darum auch etwas Unerhörtes gewesen sei. Maßnahmen politischer Taktik oder Strategie können nur unter dem Gesichtspunkt ihres bestimmten Zweckes und ihrer etwaigen Wirkung über diesen hinaus beurteilt werden. Es kann eine für einen bestimmten Zweck angemessene Maßnahme gewiß noch verwerflich sein, wenn ihre voraussichtlichen weiteren Wirkungen ernsthafteste Schädigungen bedeuten. Von letzteren kann es dann aber im vorliegenden Falle nicht die Rede sein. Dagegen ist der unmittelbare Zweck jenes Abkommens — die Fortschrittler in der Stichwahl von Zentrum und konservativen unabhängig zu halten — unangewöhnlich erreicht worden.

Es wird nun jedoch von einer Seite die Anschauung propagiert, solche Abmachungen stünden im Widerspruch mit den Grundbegriffen der sozialistischen Theorie, wie sie uns von Marx, Engels und Lassalle entlehnt worden ist. Wie wenig dies der Fall ist, mag eine Stelle aus einem Briefe zeigen, den mit Friedrich Engels am 23. Mai 1884 in Hinblick auf die Reichstagswahl jenes Jahres schrieb. Sie lautet:

„Singer war hier, ich habe ihm unter anderem meine Anschauungen wegen der Taktik bei Stichwahlen gesagt. Ich halte es nämlich für unsinnig, dafür eine für alle Fälle gültige Regel aufstellen zu wollen, die ja auch in Wirklichkeit nie eingehalten wird. Wir haben da eine große Macht in der Hand, die total unbenutzt bleibt, wenn Wahlenthaltung in allen Fällen proklamiert wird, wo keiner der Unrigen in der Stichwahl ist. In Wirklichkeit haben sich ja auch immer in solchen Fällen Wahlverträge, z. B. mit dem Zentrum (das damals bekanntlich noch oppositionell war. E. B.) von selbst gemacht: wir stimmen da für Euch, wenn Ihr dort für uns stimmt, und haben uns manchmal sich verschafft. Unannehmlichkeiten passieren dabei natürlich, aber die passieren immer, und das ist kein Grund, eine noch größere zu begehen. Ich sagte ihm sogar, daß z. B. in Orten, wie Berlin, wo der Wahlkampf fast ganz zivilisiert und dem Fortschritt liegt, Verträge vor der Hauptwahl nicht ausgegeschlossen seien: Ihr tretet uns diese Wahlkreise ab, dafür wir Euch jene — natürlich nur wenn man auch darauf rechnen kann, daß es eingehalten wird. Was mir ungeschicklich erscheint, ist nur dies, auf Kongressen und im voraus gültige Regeln aufstellen zu wollen für tatsächliche Fälle, die der Zukunft angehören.“

So der Mitverfasser des kommunistischen Manifestes. Man sieht, er geht in der Zulassung von Wahlkompromissen noch weit über das hinaus, was der Parteivorstand getan hat. Er macht es ganz von der politischen Situation abhängig, welche Art Verträge man abschließt, und stellt die Gewinnung von parlamentarischen Sitzen keineswegs als eine Nebenbedingung hin. Dies unbedeutend der Einsicht in die Schranken der parlamentarischen Macht. Die Redensart vom „parlamentarischen Kreuzzug“, mit der Gegner jener Abmachung das politische Urteil zu beeinflussen suchen, beweist in der Allgemeinheit, wie sie da gebraucht wird, gar nichts. Es gibt „Kreuzzüge“ in allen Tätigkeitsphären: in der Schriftstube so gut, wie gegebenfalls in Parlament. Und die parlamentarische Arbeit ist sicher dort am wenigsten zu finden, wo ein so inniger, geradezu ununterbrochener Kontakt mit der kämpfenden Arbeiterbewegung besteht, wie bei den Fraktionen der Sozialdemokratie im Reichstag und in anderen Parlamenten. Niemand ist weniger der Versuchung ausgesetzt, die Tragweite parlamentarischer Vorgänge zu überschätzen, als der sozialdemokratische Abgeordnete. Es ist aber der größte Dogmatismus, die parlamentarische Machtstellung als etwas Gleichgültiges zu betrachten. Die Wüter der Theorie des modernen Sozialismus waren von solchem Dogmatismus frei.

Eine Versammlung in Bremen nahm am Freitag nach einem Referat der Genossen Luxemburg, in dem das Stichwahlabkommen zwischen Parteivorstand und Fortschrittlicher Volkspartei scharf kritisiert wurde, folgende vom Genossen Bammelot eingebrachte Resolution an:

„Die am 1. März tagende Mitgliederversammlung des Bremischen sozialdemokratischen Vereins bedauert aufs tiefste das Stichwahlabkommen, das der Parteivorstand mit der Fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossen hat, da sowohl die Heimlichkeit wie der Inhalt des Abkommens der Natur einer sozialistischen Massenpartei, die nur durch energisches Kampf gegen die ganze bürgerliche Welt ihre Ziele fördern kann, schnurstracks widerspricht.“

Es erklärt jeden Versuch, mit den Fortschrittlichen und den Nationalliberalen eine gemeinsame Politik der Unten zu treiben, für utopisch und nur getrieben, Verwirrung in das Proletariat zu tragen und die Quellen seiner Kraft, sein Klassenbewußtsein und sein revolutionäres Selbstvertrauen zu erschüttern.

Es erachtet es als notwendig, den großen Machtwort, den unter Wahltag der deutschen Arbeiterklasse gebracht hat, in erster Linie zu einem neuen energischen Kampf für die Demokratisierung des Staatslebens auszurufen, einen Kampf, der nicht im Parlament, sondern nur durch die Realisation der Arbeitermassen selbst zum erfolgreichen Ausgang gebracht werden kann; und sie betrautet nach wie vor den Kampf um das preussische Wahlrecht als die nächste Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“

Sozialdemokratische Gemeindefraktionen werden in diesen Tagen wieder in großer Zahl gemeldet. In Treptow wurde ein Mandat neu und ein zweites wiedererobert. Ferner hatten unsere Genossen in Rummelsburg, Nieder-Schönhausen, Köpenick, Schöneberg, Bismarck, Johannisthal und Mühlentempel. In Neukölln haben bei Friedberg ein Mandat der zweiten Abteilung erobert.

Genossenschaftlicher Arbeiter-Partei-Kongress — Redaktion und Expedition: Neue Kampfstraße 7. — Verlag der „Volksstimme“, G. m. b. H. — Post von 24. 000, G. m. b. H. — sämtlich in Berlin. — G. m. b. H. —

Am 13. d. Mts., früh 5 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet an Herzschlag unsere liebe Mutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die verwitwete Frau

Louise Menzel, geb. Sachwitz,
im Alter von 82 Jahren 4 Monaten.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Ernst Sachwitz als Sohn.

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Seltengasse 9, nach Pöhlowitz. 3483

Am 13. d. Mts. verstarb unser Verbandskollege, der Putzer

Josef Bienert
im Alter von 38 Jahren.

Ehre seinem Andenken!
Die Sektion der Putzer des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes Zweigverein Breslau und Umgegend.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 16. März, nachmittags 2 Uhr, von der Provinzial-Heilanstalt in Lüben statt. 3486

Am 13. ds. Mts. verstarb unser Verbandskollege, der Maurer

Josef Bienert
im Alter von 38 Jahren. 3485

Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes Zweigverein Breslau und Umgegend.

Beerdigung: Sonnabend, den 16. März, nachmittags 2 Uhr, von der Provinzial-Heilanstalt in Lüben aus.

Am 12. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser Mitglied, der Maler

Wilhelm Seewald
im Alter von 52 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Kranz- u. Unterstützungskasse „Wohlfahrt“ Abt. X, Br. Akt.-Ges. f. E. W. Bau.

Verein für fakultative Feuerbestattung, E. V.
Freitag, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr,
im kleinen Saale des Konzerthauses (Gartenstraße):

Jahresversammlung.

Tagesordnung:
Bericht über die Ereignisse des Jahres (Gesetz u. a.), Vorstandswahl, Antrag auf Gewährung einer Beihilfe zu den Einäscherungskosten u. a.

Gäste willkommen. 3467

Privat-Handels-Schule „Barber“
Breslau V, Gartenstr. 57
neben Liebich. — Tel. 2447.
Prospekt gratis und franko.

Kaufe nur Freitag, den 15. März, von morgens 11 Uhr bis abends 7 Uhr
ganze sowie zerbrochene

alte künstliche Gebisse:
im Hotel zum „Rautenkranz“,
Neue Taschenstrasse 28, Zimmer Nr. 1, 1. Etage.
NB. Zahle per Zahn bis Mk. 1.—. 3451

Achtung! Parteilosen! Achtung! 3472

Fahrräder sowie Reparaturen erhält man am besten und billigsten beim Genossen

Max Philipp, Posenerstr. 15.
Bitte genau auf **S**trasse u. Vornamen **zu** achten.

Neu eröffnet! 3446

Eschner's Schuh-Basar
Graupenstr. 13, Cithaus Wallstr.
empfiehlt sich den geehrten Lesern dieser Zeitung.
Reichhaltige Auswahl sämtlicher Schuhwaren für Herren, Frauen und Kinder zu billigen Preisen.

Eine Vergrößerung 30x36 cm gratis
erhält jeder Konfirmande oder Kommunikant bei mir
in der Zeit vom 1. März bis 25. April von seiner Aufnahme bei mir an bis zum letzten Konfirmandenfest. 3470

Keine Art. 1.50 Entgelt, dafür aber tolleste Bilder.
Aufnahmen auch des Abends bei reichlichem Licht, kein Stippen.
Zugleich unentgeltlich früh von 8—8 Uhr abends und Sonntags den ganzen Tag bis 6 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Photographie Mandel
Mittelschloßstr. 5. — Tel. 11797.
Neue Taschenstr. 5, vis-à-vis dem Viktoria-Theater.
Man wolle genau auf Firma und Postnummer achten.

Stadt-Theater.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Der Rosenkavalier“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
Gastspiel **Margarete Siems**
„Nicoletto“.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
„Der Rührige“.
3853

Lobe-Theater.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Die fünf Frankfurter“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Die fünf Frankfurter“.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male:
„Düggel“.
3359

Thalia-Theater
Donnerstag, Gruppe K. 1. Vorstellung:
„Das Konzert“.
Freitag: Humboldt-Verein. 3362
Abendmenschen-Vorstellung (Braune Karten):
„Seinart“.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
„Die versunkene Glocke“.
Billetverkauf Freitag und Sonnabend von 10—2 Uhr, im Stadt- und Thalia-Theater.

Schauspielhaus.
Donnerstag 8 Uhr:
„Alt-Wien“.
Freitag 8 Uhr:
„Die Liebeschule“.
Sonnabend, 8 Uhr:
„Alt-Wien“.
3371

Liebich's Etablissement
Heute:
Henry Bender
und das brillante
März-Programm!
Anfang 7 1/2 Uhr. 3341

Viktoria-Theater
Gastspiel **Raskel.**
Heute und morgen: 3316
„12 1/2 Nachts“.
Sonnabend: **Première!**

Zeltgarten
Der unübertreffliche
WILLI HAASE
mit seinen Burlesken.
Kritiken werden gelacht über

Der Ruf
im Scheiniger Park.
Zusammen mit neuen
Spezialitäten.
Sonnabend 20 Pfg. 3335

Saal-Restaurant und Café
„Zum Lessing“, Adalbertstr. 10. 3417
Saal mit Theaterbühne für Vereine und Hochzeiten gratis.

„Sturmflut“
Roman eines russischen Barrikadenkämpfers.
Atemberaubende Schilderung der letzten russischen Revolution und der Barrikadenkämpfe.
Von M. Arzybaschew.

Anstatt 2 Mark **nur 50 Pf.**

Zu beziehen durch: **Buchhandlung „Volkswacht“**
(Guterhaltene Remittenden).

Der Wahre Jakob, Heft 10 Pf.

Christentum und Sozialismus von H. Hebel 0.1

Wir empfehlen:

Der dumme Teufel
Die Katastrophe der Zentrums politik.
Preis 20 Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Orchester-Verein
Montag, den 18. März 1912
abends 8 Uhr
im grossen Saale d. Schiesewarders

Viertes Volkskonzert
unter Leitung
des Herrn Hermann Behr.
Orchester ca. 50 Musiker.

Programme als Eintrittskarten gültig für alle Plätze im Saale und auf der Galerie zum Preise von
à 30 Pfennige

sind im Verkehrsbüro Barasch, im Rathaus (Botenmeister), sowie in den vielen durch Plakate als Verkaufsstellen kenntlich gemachten Zigarrenläden und an der Abendkasse erhältlich. Die Plakate ergeben auch Näheres über Solist und Programm.

Palmengarten.
Tiroler-Gesellschaft
Reinert.
Städtisches Orchester
aus Münsterberg.
Entree frei. 3329

Existenz für Zigarrenmacher.
Zaken m. Wohnhaus, in welchem seit 7 Jahren Zigarrengeschäft mit Erfolg betrieben wird, ist ab 1. April billig zu vermieten. 3 Zimmern u. E. 100 a. t. Gep. d. W. aus

Sojen
näherstehen auf gute Lagerholen werden sich
Matthiasstr. 165, 4.1.
3408

Trauring Alter
706
Kupfer- und Schmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke.

Eduard Bernstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Wilhelmsburg.
Heute
Donnerstag: **Kränzchen,** Präsent-Polonäse, Westendstr. 50/
F. 1162

Deutscher Kronprinz
Tanzkränzchen mit Präsent-Polonäse. [3450] Westendstr. 50/
Donnerstag
A. Franz.

Hentschel, Pöpelwitz
Heute
Donnerstag: **Tanz-Kränzchen** bei feinem
Entrée.

Bitte lesen! **Henkels Bleich-Soda** Bitte lesen!
Beim Einkauf von
Henkels Bleich-Soda
achte man genau auf untenstehende Packung u. weise Nachahmungen, da meistens minderwertig, energisch zurück.



Hochmoderne
Schuh-Neuheiten
sind eingetroffen. 3469

Halb-Schuhe
für Herren und Damen

Die grosse Mode
die neuesten Ausführungen.
Haupt-Preislagen:
4 75 5 90
6 75 8 50
10 50
12 50

Haupt-Preislagen für Herren- u. Damen-Stiefel
5 90 6 75 8 50 9 75
Luxus-Ausführung
11 50 13 50 15 50



Beachten Sie bitte unsere Schaufenster. Kolossale Auswahl. — Billigste Preise.

Taucher-Schuh-Gesellschaft m. b. H.
15 Reuschestrasse 15

Palmona
(Pflanzen-Butter-Margarine)

ist von feinsten Süßrahmbutter durchaus nicht zu unterscheiden. Wer das nicht glauben will, streiche sich ein Palmona-Butterbrot und überzeuge sich selbst!
Probieren geht über Studieren!
Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Die internationale Bergarbeiterbewegung.

Um den Behauptungen entgegenzutreten, daß die kontinentalen Bergarbeiter aus Sympathie für die englischen ausständig geworden sind, hat der Sekretär Ashton den Text der Resolution veröffentlicht, die am 21. Februar vom Internationalen Komitee der Bergarbeiter in London angenommen wurde. Es geht daraus hervor, daß die englischen Bergarbeiter ausdrücklich davon Abstand nahmen, die kontinentalen Bergarbeiter zum Sympathiestreik aufzufordern. Die britischen und kontinentalen Bergarbeiter verpflichteten sich dagegen, im Falle eines Streiks in England oder auf dem Kontinent die Produktion so weit als möglich einzuhalten.

Der Streik der Ruhrbergleute hat in New-Castle große Bestürzung hervorgerufen. Die Arbeiter hatten geklopft, während des Streiks in Großbritannien die Kohlenstationen an Seewegen mit ausländischer Kohle zu versorgen. Man ist jetzt um die Lebensmittelfuhr besorgt.

Die Kohlennot in Ostpreußen.

Erstfeld, 13. März. Nachdem die Werke außerordentliche Anstrengungen gemacht haben, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, schließt jetzt ein nach dem andern. Sie halten es für weniger kostspielig, den Betrieb einzustellen, als weiterhin für die Tonne Kohlen 3 1/2 Schillinge zu bezahlen.

Der 24 stündige Demonstrationstreik in Frankreich

Er mit geringen Ausnahmen in allen Kohlenrevieren völlig durchgeführt worden. Aus Paris wird uns darüber berichtet:

Die Streikbewegung war imposant, und ist in bester Disziplin verlaufen. Die überwiegende Majorität der Bergarbeiter hat sich daran beteiligt. Die Vorbereitungen, welche die öffentlichen Gewalten getroffen hatten, erwiesen sich als völlig überflüssig, die Ruhe ist nirgends gestört worden. Fremde, wie die Bergleute dem Rufe ihrer Führer zur Teilnahme gefolgt sind, ebenso ist am nächsten Tage gemäß der ausgegebenen Parole in allen Revieren die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Bergarbeiterbewegung in Oesterreich.

Am 3. März hat die Union der Bergarbeiter Oesterreichs für das nordwestböhmische Revier, in dem ungefähr 20.000 Bergarbeiter beschäftigt sind, Forderungen überreicht. Es wird eine 25 prozentige Lohnerhöhung verlangt und das Lohnarbeitsgesetz soll derart festgesetzt werden, daß der Arbeiter zum mindesten 1,50 Kronen gleich 3,32 Mark verdienen kann. Das Quantum der Hausbrandkohle soll erhöht werden. Am 7. und 8. März fand in Teplice eine Reichskonferenz statt; aus den ermittelten Situationsberichten ging hervor, daß sowohl im Mährisch-Osterr. Revier, wie im Salzkammergut die Forderungen gestiftet sind und die Bergarbeiterbewegung im lebhaften Steigen begriffen ist. Wenn die Unternehmer nicht nachgeben, dürfte ein Streik unvermeidlich sein. Die Spekulation auf die mangelhafte Organisation der Bergarbeiter dürfte fehlgehen. Nicht nur, daß die Bergarbeiter jetzt besser organisiert sind, auch die absolute Notwendigkeit, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, wird sie in den Lohnkampf treiben, wenn die Unternehmer jedes Entgegenkommen verweigern. Die Bergarbeiter sind sich einig, daß die günstige Konjunktur ausgenutzt werden muß. Die Unternehmer rechnen damit, daß die Separatisten und Anarchos einen Streik bald zum Zusammenbrechen bringen würden. Auch diese Rechnung geht fehl, denn diese beiden Gruppen agieren auch schon längst für eine entschiedene Lohnbewegung der Bergleute.

Aus Belgien.

Brüssel, 13. März. Der sozialdemokratische „Peuple“ veröffentlicht heute einen Aufruf des nationalen Gewerkschaftskomitees, worin die Kameraden aufgefordert werden angesichts der Auslandsbewegung der englischen und deutschen Kameraden darauf zu achten, daß nur eine normale Kohlenförderung erfolgt, um den Erfolg der Ausständigen nicht zu beeinträchtigen.

Stadt-Theater.

„Die Meistersinger von Nürnberg“ von R. Wagner.

Die durch den „Abgesang“ des Herrn Schürer verbleibende „Lücke“ wird durch den am Mittwoch gollierenden Herrn Wiedemann schmerzlich angefüllt werden. Was der Gast in den beiden ersten Akten durch Distinktion des Spiels, deutliche Textausprache usw. gut gemacht, verlor er im dritten Aufzuge. Da lag der „Paas“ im Pfeffer! Mit einer zappeltigen, dem Charakter des Stadtschreibers völlig fremden Komik stellte der Gast aber einen „Pierrot“, wie einen „Vedmeffer“ hin. Außerdem schien den Gast hier die musikalische Sicherheit hin und wieder zu verlassen. Aber selbst wenn dieses Schicksal besser ausgefallen wäre, würde man erst prüfen müssen, ob der Gast überhaupt der für unser Ensemble geeignete Wappstift ist; das Organ weist eher auf einen Bariton hin. Auch möchte man sich erst vergewissern, ob die Komik für Rollen wie Baculus (Wildschütz), Leporello (Don Juan), Osmin (Entführung) oder Biju (Wohltäter) vorhanden ist. Sobald sich ja wohl kaum der geeignete Ersatz gefunden werden. Den „Kocher“ gab gestern Herr Wilhelm recht gut, sowohl in Waise als auch in Haltung. — Fräulein Erna wird gut tun, sich noch eingehender mit dem Charakter der Eva zu befremden und nicht vergessen dürfen, daß die Tochter eines vornehmen Hauses zu verkörpern ist. — Herr Trostow, der gut disponiert war und besonders im zweiten Akt das Werbelied sehr schön sang, blieb der „Löwe“ des Abends. — Das Orchester war wieder mehrfach sehr laut und schnappte den Sängern die besten Textpunkte vom Munde weg. — Das Haus war gut besucht, verhielt sich aber sehr reserviert. S. M.

Elites Abonnements-Konzert des Breslauer Orchester-Vereins.

Französische Abende sind immer interessant, obgleich man schon vorher mit ziemlicher Bestimmtheit erwarten darf, wenig Preiswürdiges, dafür aber Originelles und Geistvolles zu hören. Es war schon interessant, die beiden größten Komponisten Frankreichs, Debussy und Saint-Saens, nebeneinander gestellt zu sehen. Jener beschloß, dieser begann den Abend. Zweifelloser hat Debussy auf seinen Nachfolger stark eingewirkt und doch geht Saint-Saens seine eigenen Wege, indem er sich von Bizet'schen ferngehalten hat und auch ohne eine programmatische Vorlage, namentlich auf dem Gebiete der Kammermusik, rein musikalisch zu schaffen

Lohnbewegung der lothringischen Bergarbeiter.

Der Bergarbeiterstreik greift auch auf das lothringische Steinkohlenrevier über. Die Bergarbeiter der Saar- und Mosel-Bergwerks-Gesellschaft in Merlenbach hielt eine Versammlung ab. Es werden folgende Forderungen aufgestellt: fünfzehnprozentige Lohnerhöhung, Verbesserung der Leistungen der Knappschafts-, Pensions- und Krankenkasse, Verabfolgung der Schichtzeit auf acht Stunden einschließlich Seilfahrt, Verringerung der Lohnunterchiede zwischen gleichwertigen Bauern, Verkürzung der Fristen, nach denen Lohn- und Abschlagszahlungen erfolgen, Verteilung der 160.000 Mark enthaltenden Unterstützungskasse, Befreiung des lothringischen Arbeitsausschusses. Mittwoch nachmittags fanden Verhandlungen mit dem Arbeiterschnitzverein statt.

„Selle Sachsen“.

Im Zugau-Delesnicher Revier sind die Forderungen der Bergleute abgelehnt. Darauf hat der Verein der lothringischen Knappen folgende Erklärung erlassen: „Für die Mitglieder des Vereins ergeht hiermit die Aufforderung, bei der lothringischen Lohnbewegung die Mannhaftigkeit zu zeigen und die §§ 2 und 9 unserer Statuten zu beachten.“ Diese Paragrafen besagen, daß die Mitglieder der lothringischen Knappenvereine sich an Streiks von sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht beteiligen dürfen. Die Entscheidung über den Streik wird in den nächsten Tagen fallen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Der gestrige Tag brachte eine weitere starke Abnahme der Arbeitswilligen. Das gilt besonders für die Bechen der Reviere Dortmund und Hanau, wo einzelne Bechen schon jetzt von nahezu sämtlichen Arbeitern entleert sind. Aus mehreren Bechen des Reviers Hanau, wo der christliche Gewerksverein eine große Mitgliederzahl hat, arbeitet nur noch ein kleiner Prozentsatz der Belegschaft. Man schließt daraus, daß die christlichen Bergleute eine Schwärzung vollziehen und über die Köpfe ihrer Führer hinweg den Streik mitmachen.

Zu den Friedensverhandlungen.

London, 13. März. Als Einleitung zu den gemeinschaftlichen Konferenzen hielt der Verband der Bergarbeiter eine Sitzung ab und erklärte zum Schluß derselben, daß der Verband einmütig bezaure, daß die Bergwerksbesitzer keine Neigung gezeigt haben, die von den Arbeitern beanspruchten Forderungen zu erwidern. Der Verband ist daher nicht in der Lage, die Wiederaufnahme der Arbeit anzuraten, bevor nicht der Ministerrat für die verschiedenen Kategorien der unter Tage Arbeitenden bewilligt ist. Der Verband ist willens, in Verhandlungen mit den Gewerkschaften der verschiedenen Distrikte einzutreten, um die Beilegung der strittigen Punkte sobald als möglich zu erzielen.

Berlin 13. März. In der Berliner Börse lief heute die folgende Dankbeweise ein: „Coalstrike practically settled. (Kohlenstreik so gut wie beigelegt).“ Ebenso meldet das N. T. V. aus London: „Es wird amtlich festgestellt, daß eine Beilegung des Streiks in wenigen Stunden erwartet werden darf, wenn die Verhandlungen zwischen den Bergwerksbesitzern und den Vertretern der Arbeiterschaft in dem gleichen Sinne wie gestern heute weitergeführt werden.“

Von Gendarmen erschossen!

Duer, 13. März. Nach Mitteilung der Polizeiverwaltung hat ein Gendarm heute nachmittags den Bergmann Japolla erschossen. Die Gendarmen war mit Steinen beworfen worden, als sie einen der Anführer verhaften wollten. Sie mußte (?) von der Schußwaffe Gebrauch machen.

Berlin 13. März. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Hrone: „Der bei dem heutigen Zusammenstoß getötete Streikende ist der 17 Jahre alte Arbeiter Maron. Er war an den Uruben gar nicht beteiligt. Matheo wollte Kohlen holen, dabei aber geriet er zwischen den Auflauf. Vorher waren die Bewohner allerdings aufgefordert worden, in ihre Wohnungen zu gehen!“

Bereit zum Niederreiten!

Berlin 13. März. Das Krefelder Infanterie-Regiment erhielt, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, Befehl, sich jeden Augenblick bereit zu halten, um in das Streikgebiet abzuziehen. Seit gestern wird kein Urlaub mehr erteilt.

Streikwirkungen.

Hamburg, 13. März. Die Hafendampfschiffahrts-Gesellschaft, die weisfährische Kohle feuert, muß Betriebsein-

schränkung vornehmen. Beimfahrenden Dampfern wird die Kohleneinnahme in Emden, Rotterdam usw. erschwert. Duisburg, 13. März. Einzelne große niederrheinische Hüttenwerke leiden schon stark unter Kohlenmangel; Betriebs- und Arbeiterentlassungen werden in Aussicht gestellt. In Geleke kündigten zwei große Zementfabriken ihren Arbeitern.

Parteiangelegenheiten.

Der Leipziger Hochverratsprozess.

In diesen Märzwochen sind vierzig Jahre verflossen, daß Bismarck, die deutsche Bourgeoisie und die Justizbureaucratie an den Führern der jungen deutschen Arbeiterbewegung Rache nahmen für den Schrecken, den der Pariser Kommunaufstand ihnen in die Knochen gejagt hatte. Siegestaumel und Willkürdiktatorien taten ihr übriges, die Staatsaktion gegen den aufstrebenden Sozialismus mit besonderem Aplomb zu intensiveren, wodurch ihr — Fiasko um so lächter wurde. Am 11. März 1872 wurden auf Veranlassung Bismarcks Bebel, Liebknecht und Seyner vor ein Schwurgericht in Leipzig gestellt, um sich wegen „Hochverrats“ zu verantworten. In Wirklichkeit und vor dem Urteil der Weltgeschichte saßen aber nicht die „verbrecherischen Kommunisten“ auf der Anklagebank, sondern die bürgerliche Gesellschaft und die „Revolution von oben“, die Bismarck zu Ruhm und Frommen des preussischen Kaiserstaates durchgeführt hatte.

Das Protokoll dieser historischen Schwurgerichtsverhandlung, die mit der Verurteilung Bebel's und Liebknecht's zu zwei Jahren Festung endete, während Seyner freigesprochen wurde, ist ein wichtiger Bestandteil der sozialistischen Literatur geworden. Es enthält nicht allein den Verhandlungsbericht, sondern auch eine reiche Sammlung parteigeschichtlicher Dokumente, u. a. auch die Inauguraladresse von Karl Marx, die zu einem Werk für die Internationale wurde.

Im Jahre 1894 wurde das Protokoll des Leipziger Hochverratsprozesses vom Verlaas des „Vorwärts“ mit einer Einleitung von Wilhelm Liebknecht neu herausgegeben. Jetzt, als Jubiläumsgabe ist von der Buchhandlung Vorwärts ein Neudruck der Ausgabe von 1894 veranlaßt worden. Das Werk führt den Titel „Der Hochverratsprozess wider Liebknecht, Bebel, Seyner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 28. März 1872“. Das vorzüglich ausgestattete Buch verdient nicht allein wegen des Preiswertes, sondern auch wegen seines parteigeschichtlichen Urkundenmaterials, wieder in Erinnerung gerufen zu werden; es sollte vor allem in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Beleidigte Reichsverbändler. Wegen Beleidigung der Reichsverbändler von Liebert und Dr. Bovenstein wurde der Redakteur der „Volkswacht“ für das „Waldenial“, Genosse Barch in Leipzig, zu dreihundert Mark Geldstrafe verurteilt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. März.

Geschichtskalender.

15. März.

44 v. Chr. Julius Cäsar ermordet.
1820 Der Dichter Paul v. Heyse in Berlin.
1830 Der französische Geograph Elisee Reclus in St.-Foi-la-Gaude.

Zur Aussperrung der Maßschneider.

Nach den Ankündigungen des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe sollten in 112 Orten rund 40.000 Arbeiter ausgesperrt werden. Bis jetzt liegen aus 71 Orten Berichte vor, daß ausgesperrt werden ist und zwar bei 993 Firmen, die 7880 Arbeiter beschäftigen. Von diesen sind 6494 ausgesperrt. Davon sind im Verband der Schneider 5838. Weiter sind in diesen Orten ausgesperrt Damenschneider: 127 männliche und 96 weibliche. In den 71 Orten sind also an Organisierten insgesamt ausgesperrt: 5965 männliche und 96 weibliche Arbeitskräfte. Dazu kommen die bereits in 27 Orten im

versteht. Saint-Saens ist an sich vorabgebildet, das merkt man auf Schritt und Tritt. Wenn ihm nichts einfällt — und das kommt hier vor, als man vielleicht bei einem so tüchtigen Musiker annehmen sollte —, schüttelt er die Fugen nur so aus dem Kermel. Für die gewählte zweite Sinfonie hätte sich vielleicht Besseres finden lassen. Nur der sehr kurze zweite Satz sprach an, das übrige ist zwar von nervöser Lebendigkeit, aber nicht frei von blokem Paroxysmus und lediglich geschickter Wache. Die Divergenz zum „Kocher“ von Verlioz arbeitet mit Feinheiten, die heute vielen „einer Landstunde“ geläufig sind und uns kaum mehr zu interessieren vermögen. Eine für uns neue Erscheinung war die Koloraturfängerin Kräutlein Eva Simony aus Brüssel. Schon bei den ersten Tönen, die sie in der Glöckchen-Arie aus „Laf. e“ von Debussy anstimmte, merkte man, daß man einer exzeptionell kultivierten Stimme gegenüberstehe. Die Forderung, daß eine Stimme „möglichst vorn sitze“, wird hier in der idealsten Weise erfüllt. Wenn Fräulein Simony ihren reizenden Mund fast schließt, scheint die Stimme auf den Lippen zu schweben und davonzufallern. Der allererste Schmelz ist jederzeit nicht mehr vorhanden, auch könnte das Organ in der Kantilene etwas mehr Farbe haben, als die Gesangs-Kunst, welche die Dame entwickelt, ist so bezaubernd, daß man die kleinen Fellecke gern überhört. In der Arie, die von Schwierigkeiten aller Art wimmelt, entrollte die Künstlerin eine verblickende Fertigkeit und Trefflichkeit, in den folgenden, von Herrn Prof. Dr. Dohrn prachtvoll begleiteten Liedern vermochte sie auch wärmere Töne anzuschlagen. Das Publikum war aufs höchste begeistert und erzwang sich eine Zugabe. — Zwischen diesen Gaben stand eine Dreierkonzert des viel umstrittenen Febusky, der in diesem Jahre den 50. Geburtstag begeht. Es ist eine Art Suite, betitelt „Beria“, in der allerlei „gemalt“ werden soll. Die einzelnen Sätze lauten: „Durch Straßen und Wege“, „Wohlgerüche (?!?) der Nacht“ und „Der Morgen eines Festtags“. Sie könnten mit genau demselben Rechte heißen: „Ruffischer Jahn arktarubel“, „Kahenferanbe“ und „Wiel Lärm um nichts“. Alles, was man in diesem Stück zu hören bekommt, ist nichts weniger als schön, aber mit so viel Geist und Raffinement hergerichtet, daß man immer wieder interessiert aufhorcht, selbst wenn man davon abgesehen wird. Bei aller Originalität der Wache finden sich aber strakenweise bedenkliche Anklänge an „Madame Butterfly“ und „Luisa“. In der zweiten Partie, die in diesem Stück verwendet wird, ist übrigens ein alter Bekannter, Herr Foltz aus Berlin, der früher Gartenist in der hiesigen Theaterkapelle war. Der Beifall, der dieser Nummer folgte und sicher beiläufig der vorzüglichen Ausführung durch das Orchester galt, war stark mit den 3 ichen des Mißfallens vermischt. Es ist jedenfalls schon sehr weit gekommen,

wenn heute jemand versucht, Wohlgerüche der Nacht zu verdrängen, die doch gemeinhin das gerade Gegenteil ausströmen pflegt. Vielleicht erleben wir noch eine „Aeroplan-Sinfonie“ oder ähnliches! Hoffentlich habe ich da nicht einen Kompositoren auf eine Idee gebracht!! S. M.

Aus aller Welt.

Der Brandstifter und die „innere Stimme“. Vor dem Mainzer Schwurgericht hatte sich ein eigenartiger Brandstifter in der Person des 50-jährigen Webers Karl Thiem aus Gera zu verantworten, der schon fast ein ganzes Menschenalter wegen zahlreicher Brandstiftungen im Zuchthaus zugebracht hat. Jedesmal, wenn Thiem eine Brandstiftung begangen hatte, stellte er sich selbst freiwillig der Polizei und erzählte dann vor Gericht, daß eine „innere Stimme“ ihn zu den Brandstiftungen antreibe. Vor er dann aus dem Zuchthaus, in das man ihn stets für mehrere Jahre schickte, entlassen, so beging er wieder eine neue Brandstiftung. Diese Manie beherrschte ihn seit seinem 22. Lebensjahr. Diesmal war es ein Strohhäuser in der Nähe von Oppenheim, den er anzündete, nachdem er darin genächtigt hatte. Er erzählte den Geschworenen auch diesmal wieder das Märchen von der „innernen Stimme“. Als er kaum 1 Jahr alt gewesen sei, sei sein Vater bei einem Brand verunglückt und es müsse „der Teufel in ihn gefahren sein“, so daß er beim Gang zum Brandstifteten nicht widerstehen könne. Man glaubte ihm aber auch diesmal nicht und schickte ihn wieder auf vier Jahre ins Zuchthaus. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Strafe milder als vom Anklagevertreter beantragt, ausgefallen sei, da Thiem infolge der langen Zuchthausstrafen offenbar geistig minderwertig geworden sei.

Ein Eifersuchtsdrama. Der Bürgermeister von Urgeisch-Criminari, Tito Mirca, wurde von seiner Frau auf schreckliche Weise ermordet. Als er um Mitternacht im tiefsten Schlaf lag, überfiel ihn seine Frau mit Petroleum und steckte es in Flammen. Unter schrecklichen Qualen gab Tito Mirca seinen Geist auf. In welchem Lage stellte sich die Frau selbst den Gerichten, gab eine genaue Beschreibung ihrer Tat und erklärte dazu, daß sie darüber nicht die geringste Reue empfinde. Sie hätte ihren Mann aus Eifersucht ermordet, weil er mit einer Lehrerin unerlaubte Beziehungen unterhalte.

Ein Selbstmord wegen Schwanenbeleidigung. In Mainz sah ein Ingenieur, wie ein Schuttmann einen jungen

Streik stehenden 6258 männlichen und 66 weiblichen, so daß insgesamt 12.218 männliche und 162 weibliche Kräfte im Kampfe stehen.

Nicht ausgesperrt haben in diesen 71 Orten 178 Firmen, die 1636 Arbeiter beschäftigen. In folgenden Städten haben sich die Arbeitgeber gänzlich geweigert, dem Aussperrungsbeschlusse nachzukommen: Koblenz, Eisenach, Frankfurt a. O., Hameln, Harburg a. E., Heilbrunn, Bismarck, Osnabrück, Saarbrücken, Salzwedel, Schwerin, Meilen i. S., Minden i. S. Insgesamt sind in diesen Städten 218 Firmen mit 942 beschäftigten Arbeitern im Unternehmerverband. Weiter werden, entgegen dem Beschlusse des Unternehmerverbandes, die D a m e n s c h e i d e r nicht ausgesperrt in Hamburg, Darmstadt, Nürnberg, Moskau, Greiz i. V., Karlsruhe, Adln, Wiesbaden und nur teilweise in Frankfurt a. M. Ferner wird nicht ausgesperrt in der Uniformschneiderei in Berlin, Darmstadt, Koblenz, Saarbrücken und Potsdam.

In Breslau ist das Glasko des Unternehmerverbandes ebenfalls nicht zu klein. In einer Mitgliederversammlung des Schneiderverbandes wurde gestern hierüber von dem Ortsbeamten Richter ausführlich berichtet, nachdem Gauleiter Malter die Ursachen der Aussperrung eingehend geschildert hatte. Großspurig hat die Innung beschloffen, sich an der Aussperrung zu beteiligen, aber nur zwei ihrer Mitglieder sind bisher dem Beschlusse nachgekommen, während andererseits mehrere Innungsmitglieder, die für Unternehmerverbände arbeiten, selbst mit ausgesperrt worden sind. Insgesamt sind nur 125 Mitglieder des Verbandes, 53 Christliche und 12 Mitglieder des Kirch- und Arbeitervereins ausgesperrt worden. Das Resultat ist also für den Unternehmerverband mehr als günstig.

Gegenüber der Bitte der Unternehmerverbände und Innungsmeister, die in Inzeraten an das Publikum gerichtete wurde, aus Anlaß der Aussperrung Rücksicht auf die Lieferfristen zu nehmen, möchten auch die Streikenden das Publikum warnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Unternehmer in ihrer Not Kleidungsstücke in Konfektionsgeschäften anfertigen lassen. Es kann den Kunden also leicht passieren, daß ihnen für teures Geld Konfektions- statt guter Maarbeit geliefert wird. Dieser Gefahr entzieht sich das Publikum am besten dadurch, daß es die Geschäfte aufsucht, die ihre Arbeiter nicht ausgesperrt haben.

Das Glasko des Arbeitgeberverbandes ist ein wohlverdientes. Die Aussperrung rührt nur daher, weil zwei Vorstandsmitglieder dieses Verbandes, die Herren Schö ar z und Sch a m b e d in M ü n c h e n, mit Lohnforderungen bedacht worden sind. In allen anderen Orten wäre längst eine Einigung erzielt worden, aber wegen der beiden Herren müssen die Unternehmer im ganzen Lande in die Schanzen springen. Kein Wunder, daß sie das in ihrer Mehrheit nicht tun wollen.

Die Köpfer-Gilfsarbeiter im Streik.

Mittwoch Abend tagte im Gewerkschaftshause eine sehr wichtige Versammlung. Die Tagesordnung war der Bericht der Lohnkommission und Stellungnahme zur Lohnbewegung. — Die Lohnkommission der Arbeiter hatte sich zwecks Antwort über ihre eingereichte Tarifvorlage in einem Schreiben an die maßgebenden Stellen gewandt, worin um Antwort bis zum 9. März gebeten wurde. Da eine Antwort nicht erfolgte, wurde der Sektionsleiter persönlich vorstellig. Es wurde ihm nun mitgeteilt, daß die hiesigen Unternehmer keinesfalls gewillt sind, die Organisation der Köpfer-Gilfsarbeiter anzuerkennen und ebensowenig den Tarif. Im Laufe des Tages trat auch die schriftliche Antwort ein, die dasselbe besagt. Hierauf sollte nun die Diskussion über das, den Anforderungen der Zeit durchaus nicht entsprechende Verhalten der Arbeitgeber aufs lebhafteste ein. Allgemein kam der Wunsch zur sofortigen Arbeitsniederlegung zum Ausdruck. Schließlich erklärte die Versammlung den Generalstreik für Breslau, der am heutigen Donnerstag früh begonnen hat. Nachdem noch der Sektionsleiter einige Verhaltungsmaßregeln bekanntgegeben, erregte die Versammlung ihren Schluß. — Die Breslauer Arbeiter wissen nun, wie es in den Angelegenheiten steht. Die Arbeiter streiken. Sie ringen um einen angemessenen Lohn, um

Anerkennung ihrer Organisation. Auch sie wollen ein menschenwürdiges Dasein führen. Sie hierin zu unterstützen, ist Pflicht jedes denkenden Genossen. Das Wichtigste ist, daß in großem Bogen um Dingenstände und Arbeitsstellen vorbeigegangen wird.

Bei der Gemeindevertreterwahl in Neutritz hat, wie wir gestern bereits kurz mitteilten, Genosse Stein 83 Stimmen erhalten, während auf den Stellenbesitzer Scholz 69 und den Kaufmann Kobdenischer 46 Stimmen entfielen. Zwei weitere Stimmen waren zerstückelt. Den bürgerlichen Kandidaten sind mehr als 30 Stimmen zugeworfen. Zur Mehrheit haben unseren Genossen nur 18 Stimmen gefehlt. Wären die Arbeiter vollständig zur Wahl erschienen, dann hätte die Mehrheit im ersten Wahlgange erreicht werden können und die Stichwahl wäre vermieden worden. Hoffentlich erfüllen unsere Genossen nun bei der Stichwahl, die auf den 21. März, mittags 2 Uhr, festgelegt worden ist, vollständig ihre Pflicht. Der Gemeindevorsteher hatte für die Wahl Legitimationskarten ausgegeben, aber nicht allen Wählern sind diese durch den Gemeindevorsteher ausgestellt worden. Das hat viele Arbeiter abgehalten, zur Wahl zu kommen, da gesagt worden war, wer nicht im Besitze einer Karte sei, dürfe auch nicht wählen. Bei der Stichwahl aber gilt es nun, vollständig anzutreten. Uebrigens hat die Wahl auch einen Zwischenfall gezeitigt, der vermieden zu werden verdient. Genosse S r o w i g, der sich im Wahllokale eingeunden hatte, wurde vom Wahlvorsteher Seidel hinausgewiesen. In der zweiten Abteilung ist Dr. Levi mit 13 Stimmen und in der ersten Ortsbesitzer Reinhold Müller mit zwei Stimmen (S) gewählt.

Das böse Gewissen. Die „Mannheimer Volksstimme“ schreibt:

„In der Redaktion der „Breslauer Volkswacht“ haben am Sonnabend anderthalb Dutzend Polizisten nach dem Manuskript eines am 2. Februar erschienenen Artikels „Keine Wahlreform in Preußen“ geschickt. Natürlich haben sie nichts gefunden, und nur ein paar Stunden lang arbeitswillige Redaktionen an der Ausführung ihres Berufes gehindert.“

Was das nachträgliche Interesse der Breslauer Behörden an dem Aufsatz erregt hat, ist nicht recht verständlich. Er beschäftigt sich mit den Ausführungen, die der vormalige Polizeimann für sozialdemokratisch wählende Beamte und über die Wahlreform in Preußen gemacht hatte und stellte fest, daß eine Regierung, die sich weigert, ein in förmlicher Form gegebenes Verbrechen einzulösen, noch weniger als andere das Recht hat, Beamte, die für sich volle Staatsbürgerrechte reklamieren und einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben, Prüchler, Lügner usw. zu schelten.

Wir können uns das Jähren nach dem Verfasser dieses Artikels nur so erklären, daß die vormalige Regierung sich an einer sehr empfindlichen Stelle getroffen fühlt, wenn jemand sie an die Ehrenrede vom 1. Oktober 1908 erinnert. Leute, die ein böses Gewissen haben, sind immer geneigt, gegen die Wahrheit Gewalt zu üben.“

Uebrigens stakete die Polizei in der gleichen Stunde und derselben Angelegenheit auch unserem Danziger Bruderorgan einen höflichen Besuch ab. Warum nicht gleich bei fünfzig weiteren Redaktionen?

Die Teuerung hält an. Nach jetzt vorliegenden statistischen Zusammenstellungen sind auch im Februar die Getreidepreise wieder durchweg etwas gestiegen, die meisten der Getreideorten sind gegenüber dem Februar v. J. um fast ein Viertel teurer.

Weizen kostete durchschnittlich für den Doppelzener 21,04 Mark gegen 20,83 Mark im Januar d. J. und 19,02 Mark im Februar v. J. Die Gerste hatte einen Preis von 20,49 Mark, gegen 20,28 Mark im Januar 1912 und 15,88 Mark im Februar 1911. Der Roggen kostete 18,72 Mark, gegen 18,52 Mark und 14,30 Mark. Der Hafer lag von 15,60 Mark, im Vorjahr auf 19,96 Mark. Gegenüber dem Februar 1911 sind Weizen um 2,02 Mark, Hafer um 4,36 Mark, Roggen um 4,42 Mark und Gerste um 4,61 Mark teurer geworden.

Die Fleischpreise haben sich auch erhöht, gegen den Vormonat allerdings nicht erheblich. Vereinfacht man die Preise des Februar d. J. mit dem des Februar v. J., so sind teurer geworden Rindfleisch um 0,2, Kalbfleisch um 1,6 und Muttelfleisch um 1,3 Pfennige, dagegen billiger Hammelfleisch um 0,5, Schweinefleisch um 7,2, Schinken um 9,7 (beim Verkauf im Ausschitt nur um 0,5) und Speck um 15,8 Pfennige.

Die Frommen und die Jugendpflege. Die Frommen, die schon immer bemüht waren, die Arbeiter-

Jugend für sich einzufangen, sind auch jetzt noch an der Arbeit, obwohl ihre „Jugendpflege“ gründlich abgewirtschaftet hat. In der Breslauer Kreissynode am Mittwoch waren es besonders die Pastoren Spaeth, Fuhs und Seib, die ihre Glaubensgenossen dazu anfeuert, ja nicht die Jugend zu vergessen und die „religiös-sittliche Charakterpflege“ nicht außer acht zu lassen. Die gläubige Versammlung nahm dann folgende Entschliessung des Herrn Pastor Spaeth einstimmig an:

„Die Kreissynode Breslau spricht bei aller Anerkennung der von den verschiedensten Seiten neuerdings aufgenommenen Jugendpflege ihre Meinung dahin aus, daß die kirchliche und konfessionelle Jugendpflege ihr besonderes Recht zu behaupten hat und von den kommunalen und staatlichen Behörden im Sinne des Ministerialerlasses vom 18. Januar 1911 jede nur mögliche Förderung erwarten muß.“

Die Kirche läßt also nicht locker und verlangt sogar, daß ihre Jugendpflege von den Gemeinden und dem Staate unterstützt werde. Die aufgeklärten Eltern wissen, was sie ihren Kindern schuldig sind und werden eifrig bemüht sein, sie zu selbstbewussten Menschen zu erziehen, die den Kampf um eine bessere Zukunft mit frischen Kräften weiterführen.

Zum Disziplinarverfahren gegen Pfarrer Traub. Im Disziplinarverfahren gegen den Pfarrer Traub wurde gestern Abend die Vernehmung des Angeklagten Pfarrers Traub beendet. Heute, Donnerstag, beginnen die Plädoyers, so daß noch heute Abend das Urteil zu erwarten steht.

Zum Zustand im Kaiser-Cafe. Ohlauerstraße, wird uns nach mitgeteilt, daß die Streikaktion eine öffentliche Versammlung erzielte, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde. Die am 13. März 1912 tagende öffentliche Versammlung der Cafe-Arbeitnehmer nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem abtönenden Verhalten des Cafetiers Herrn Rauchberger, Inhaber des Kaiser-Cafe, Ohlauerstraße 47, gegenüber den berechtigten Forderungen seiner Angestellten, wodurch die Kollegen gezwungen wurden die Arbeit niederzulegen. Die Versammelten fordern den Kollegen ihre vollste Sympathie aus und verpflichten sich zur moralischen und finanziellen Unterstützung. Weiter stehen die Versammelten auf dem Standpunkt, daß nur durch einen festen Zusammenhalt im Arbeitgeber der Cafe-Arbeitnehmer die Lage der Kollegen verbessert werden kann und verpflichten sich, für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen.

Ueber das Kaiser-Cafe, Ohlauerstraße 47, ist für organisierte Gastwirtschaftler die Sperre verhängt.

In der letzten Nacht haben wieder zwei Kellner des „Kaiser-Cafe“ um 12 1/2 Uhr die Arbeit niedergelagt, nachdem durch Verbreitung eines Flugblattes das Publikum aufgeklärt war; Studenten und andere bürgerliche Berufsgruppen, sowie Parteigenossen haben dazu mit beigetragen. Der Lohnwahn war so groß, daß sich Herr Rauchberger schon ausgesprochen hat, es wird ihm zu viel, und morgen wird er wohl mit der Organisation verhandeln.

Verurteilte Messerfelben. Am 26. Dezember v. J. wurde im Galshause zu Gaidwitz, Kreis Breslau, eine größere Lanzuhäuferei veranstaltet, zu welcher aus der Umgegend alt und jung herbeiströmte. Das Vergnügen dauerte bis Mitternacht; um 2 Uhr früh gab der Wirt Feierabend. Während die meisten Lanzuhäuferei-Liebehaber ihren Weg gingen, lauerten zwei junge Burken, der Stellenbesitzer Sohn Karl Traub und der Gasthofsbesitzer Sohn Alois Richter, beide aus Gaidwitz, einem anderen Stellenbesitzer Sohn, der auch in dem Lokal anwesend war, auf dem Nachhausewege auf, um ihn mit ihren offenen Taschenmessern in rohester Weise zu bedrücken. Der Stellenbesitzer Sohn soll seine bedrückte Angehörige in dem Lokal angeblich beleidigt haben. Die Verletzungen, die er erlitt, schienen sich als lebensgefährlich dar. Ein Stich, der in die Schulter drang, wäre wohl tödlich verlaufen, wenn die Messerlinge nicht durch das Schließblech abgelenkt worden wäre. Weitere Stiche erzielte der Missethäter in die Stirn, in die Brust und in den Rücken. Neben als ein Wunder muß es bezeichnet werden, daß der gefährliche und tiefe Wund nicht die Lunge durchbohrte. Der Schwerverletzte ist heute noch in ärztlicher Behandlung und es ist nicht ausgeschlossen, daß nach Beendigung der Kur jahrelanges Ziehen um unter Umständen für das ganze Leben zurückbleibt. Traub überfiel außerdem noch einen zweiten jungen Mann, der dem Gestochenen zu Hilfe eilen wollte, indem er diesem eine 16 Zentimeter lange und 2 Zentimeter klaffende Stichwunde am rechten Oberarm zuzufügen beabsichtigte. Auch dieser Verletzte befindet sich noch heute in ärztlicher Behandlung, doch ist die Heilung des Beines in nächster Zeit zu erwarten. Die beiden Messerstecher wurden am Mittwoch der hiesigen dritten Strafkammer aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die mehrstündige Beweisaufnahme ergab den oigen Sachverhalt. Das Gericht legte gegen Karl Traub wegen vorfälliger und gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung das höchste zulässige Strafmaß, nämlich fünf Jahre Gefängnis fest. Der zweite Angeklagte wurde zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Mann in etwas kräftiger Weise verhaftete. Folge: Eine kleine Notiz in der Mainzer „Volkzeitung“ und Anklage gegen den Redakteur und den Ingenieur. Der Redakteur verglich sich mit der Polizei, der verheiratete Ingenieur nahm sich das Staufersleben so zu Herzen, daß er sich durch Leuchtgas vergiftete.

Des Weibes Rache. Eine sehr gerade lebenswürdige Gattin ist die Frau des Postbeamten Lamm aus Wismar zu sein. Die beiden Eheleute lebten seit langem in Harmonie, jedoch ist schließlich zur Scheidung kam. Damit sah sich aber die Frau Postbeamten nicht zu begnügen, sie wollte vielmehr ihrem ehemaligen Gatten einen Leidszettel auf seinen weiteren Lebensweg geben, der es ihm unmöglich machen sollte, die Gattin eines weiblichen Weibes zu erlangen. Um dieses Vorhaben auszuführen, wählte sie ihr früheres Dienstmädchen, die Ehefrau des Dreher Arnold Bendix in ihren Mann ein. Das Dienstmädchen gewann den Arbeiter Krabatz zur Ausführung des Planes, der darin bestand, daß der Arbeiter den Postbeamten beim Nachhausegehen überfallen und ihm die Nase einschlagen sollte. Arabolach lauchte dem nun an einem Abend in einer Lorenzstraße den Postbeamten auf, wobei das Dienstmädchen ihm Spitzes leistete und Lamm tritt bei dem Ueberfall eine banale Entstellung seines Gesichts. Als Entgelt hatte das Dienstmädchen dem Arabolach im Auftrag der Frau Lamm eine Ringe Figurine in Anschlag gestellt. Der Arbeiter Arabolach wurde wegen dieser Tat zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Verurteilung gab er an, daß er die Tat nicht aus eigenem Anlaß, sondern auf Anstiften des Dienstmädchens begangen habe. Das Dienstmädchen hatte sich deshalb vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Anstiftung zur Körperverletzung zu verantworten. In dieser Verhandlung bezichtigte sie die als Zeugin geladene Frau des Postbeamten Lamm als die Anstifterin. Frau Lamm habe gegen ihren Mann, der sie mißhandelte, einen großen Neid gehegt; sie habe ihn, der Angeklagten, freigesetzt. „Ich muß noch einen Mann finden, der mich wie ein Pferd beherrscht“, es muß ihn die Nase einschlagen werden“, es kommt mir nicht auf 10 Mark und eine Ringe Figurine an. Im letzten Witz der Ueberfall gegen Ende des Jahres ausgeführt, dann konnte ich in die Lage, das Gesicht meines Mannes abheben zu lassen.“ Die rachebildig

vernommene Zeugin Frau Lamm gab demgegenüber unter falscher Heuerkeit an, daß sie zur Verprügelung ihres Mannes nicht fremder Hilfe bedürfe, das hätte sie in der Wohnung selber besser besorgen können. Sie habe sich ihrem Mann gegenüber schon einmal mit dem Reifeisen durch einige wuchtige Schläge gemehrt. — Der Zeuge Postbeamten Lamm hat seine Frau der Tat fähig, zumal sie ihm schon früher mit Lebnistagen gedroht habe. Das Gericht verurteilte das angeklagte Dienstmädchen wegen Beihilfe zur einseitigen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 30 Mark, da es annahm, daß die Angeklagte zweifellos unter dem unheilvollen Einfluß der Frau Lamm gestanden habe. Frau Lamm wird sich später vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Eisenbahnunfall. Der den Namen Twentisch Genzura führende schnellste Expresszug der New-Yorker Central-Bahn, der zwischen Chicago und New-York verkehrt und sich namentlich bei den reichen Amerikanern einer großen Beliebtheit erfreut, ist bei Poughkeepsie entgleist. Vier Waggons stürzten in den Hudson, durchbrachen die noch sehr dünne Eisdecke und sanken unter. Die Eisenbahnverwaltung gibt die Zahl der Schwerverletzten mit 15 an, doch glaubt man allgemein, daß dies viel zu tief gegriffen sein müsse. Getötet wurde niemand. Auch ist der Zustand der verletzten fünfzehn Personen kein verzweifelter. Ein Hilfszug mit Ärzten und Wärterinnen ist sofort nach der Unfallstelle abgegangen. Der verunglückte Zugzug galt als einer der sichersten und die Strecke heißt nur die in technischer Hinsicht vollkommenste. Seit langer Zeit in diese Katastrophe das einzige Unglück, das sich auf dieser Strecke ereignete.

Strasung eingeleitet. Die Paulanermönche Maczoch, Starce und Mielinski und Frau Helena Maczoch haben gegen das Urteil des Breslauer Gerichtes Berufung eingelegt. Auch der Staatsanwalt wird Berufung einlegen, weil ihm die verhängten Strafen als zu niedrig erschienen.

Selbstmord von Vater und Tochter. Im Süden Berlins, in der Hietzstraße, haben der hochbetagte Tischler Friedrich Döbler und seine Tochter Selbstmord verübt, aus Schmerz über den Tod der vor 4 Wochen verstorbenen Gattin und Mutter.

Eisenbahnunfall. Auf den Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr von Hombrun nach Raubheim abgehenden Personenzug

wurde zwischen Holzhausen und Rothem ein Anschlag ausgeführt. Die in voller Fahrt sich befindende Lokomotive stieß dort auf eine quer über das Hauptgleise gelegte Schiene. Dadurch wurde eine Hälfte der Schiene zertrümmert von den Rädern der Lokomotive, der andere Teil der Schiene flog mit großer Kraft zur Seite und zerstörte einen Signalmast. Glücklicherweise ist der Zug nicht entgleist. Dieser glückliche Umstand hat seinen Grund darin zu suchen, daß das Hindernis, das rechtwinklig zu den Schienen von den Borderrädern der Lokomotive gleichzeitig gestößt wurde, mitten zerbrach. Hätte die Schiene schräg zu den Rädern auf dem Gleise gelegen, so wäre die von den Attentätern beabsichtigte Entgleisung sicher eingetreten. Noch in der Nacht gelang es, zwei der Tat bringend verdächtige Kroaten zu verhaften.

Schiedsstat einer Mutter. In Grünstadt hat Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, die 42-jährige Frau des Unterpamiers Eduard Röde, Mutter von sechs Kindern, drei ihrer Kinder in die Saale geworfen und ist ihnen nachgegrungen. Ein Kua'e von vierzehn Jahren konnte gerettet werden, die Mutter und die anderen Kinder ertranken. Die Leiche des einen Kindes wurde noch nicht aufgefunden. Ein Mädchen von sechs Jahren konnte sich den Händen der Mutter entwinden und lief in den Ort, wo es die Schiedsstat verkündete. Ueber das Motiv der Tat ist nichts bekannt.

Schwerer Unfall bei einer Sprengung. Als Mittwoch vormittags Pioniere mit der Sprengung eines Fabrikofens in der Vorstadt Böbau bei Dresden beschäftigt waren, wurden durch umherfliegende Ziegelsteine eine Anzahl Personen verletzt, darunter vier Arbeiter schwer. Eine Arbeiterfrau starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Absturz eines Pilgers. Wie aus Pau in Frankreich berichtet wird, stürzte Leutnant Sevelle während eines Fluges ab und blieb auf der Stelle tot.

Eine Kollision in den Lüften. Zum ersten Male in Deutschland hat sich in Johannaal der Fall ereignet, daß zwei Flugmaschinen in der Luft zusammenstießen. Der Anführer war so stark, daß beide Piloten fünf Meter abstürzten. Der Flughüter Badowski trug bei dem Sturz einen Bruch des rechten Armes, ferner Bein- und Kopfverletzungen davon.

Technik und Arbeiterbewegung.

Der zweite Vortrag des Genossen Richard Woldt, der am Freitag abend im Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet, umfasst folgendes Thema:

Moderne Maschinenwirtschaft, Beispiel aus Bergbau, Müllentwertung, Maschinenbau, Elektrotechnik.

Das Thema ist gerade jetzt außerordentlich aktuell und wird eine ganze Anzahl Genossen ins Gewerkschaftshaus führen. Dort sind noch Gemeindefarben und Einzelkarten zu haben. — Der Saal ist gut gefüllt.

58.400 Mark

beträgt die Summe, der bis zum Mittwoch abend fürs Gewerkschaftshaus gezeichneten Gelder. Wer folgt nach? — Mit den von den Gewerkschaften bewilligten Beträgen sind 130.400 Mark gezeichnet.

Die Breslauer Polizei ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Zahl der ausgesperrten Säbender für die Zwecke der amtlichen Statistik festzustellen. Sie verfährt dabei mit der ihr eigentümlichen Unbeholfenheit, die immer zutage tritt, wenn diese Behörde etwas anderes tun soll, als beschließen. Die Polizei könnte sich die schwere Mühe, der sie doch nun eben nicht gewachsen ist, ganz gut ersparen. Sie braucht nur nach dem Gewerkschaftshaus zu gehen, wo sie bereitwilligst jede Auskunft erhalten kann. Freilich müsste sie dabei höflich auftreten. Eine Hausdurchsuchung nach den gewünschten Ziffern wäre unangebracht.

Paritätischer Arbeitsnachweis für das Sektoren-gewerbe. Eine Denkschrift wurde in der letzten Versammlung des deutschen Kellnerbundes (Christlich-nationaler Wirtschaftsbund) am 1. gegen 15 Stimmen die Beteiligung an der Errichtung des paritätischen Facharbeitsnachweises für das Gastgewerbe als während sämtliche Arbeitgeber und Arbeiter-Organisationen dafür sind, somit ist keine Aussicht vorhanden, denselben aufzulegen zu bringen. Die organisierte Arbeiterchaft Breslaus will sich die sie bedienenden Kellner etwas genauer ansehen müssen.

Schiffahrtsverein und Großschiffahrtsweg. Der neue Großschiffahrtsweg hat die Zustimmung des hiesigen Schiffahrtsvereins gefunden; er unterbreitet aber dem Oberpräsidenten den Wunsch, den neuen Kanal bis unterhalb der Posener Brückenbrücke durch den im Bau begriffenen Östlicher Dänen durchzulegen, oder wenn dies nicht angängig ist, wenigstens durch Verbreite ungen, Beseitigung von Buhnen am rechten Uferufer usw. Platz für die ein- und ausgehende Schiffahrt zu schaffen.

Der neue wünscht der Schiffahrtsverein: Die Kanaler Staustufe muß mit einer Schleppzug- und einer großen Kammermaschine mit allen modernen Vorrichtungen ausgestattet sein. Weiter sei das Wehr so zu konstruieren, daß seine Verweilzeit auch im Winter gewährleistet ist, damit die Bösch- und Lademöglichkeiten im gesamten Breslauer Gebiet bis zur Staustufe auch im Winter unbedingt benutzbar seien. Nur wenn diese Wünsche in Erfüllung gingen, könnten der Handel und die Schiffahrt sich mit dem immerhin großen Hindernis einer Staustufe im lebhaften Verkehr abfinden.

Achtung, Steinseger! Donnerstag, den 14. März er., abends 7 Uhr findet im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Da ein wichtiger Beschluß gefaßt werden soll, der von allen Kollegen streng gehalten werden muß, ist vollständiges Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Der 3. Jahres-Lohnmarkt auf dem Neumarkt beginnt Montag, den 1. März; er dauert drei Tage.

Strassenunfall mit Verkehrshinderung. Am Mittwoch nachmittags gegen 2 Uhr geriet das Pferd vor der Einpännermaschine eines hiesigen Maurermeisters beim Überfahren des Unterweges mit dem rechten Hinterrad in die Deckung eines Wasserleitungsschiebers, weil der etwa 15 Zentimeter im Quadrat lassende, in das Straßenpflaster abgedeckte eiserne Defekt über der Deckung, auf den das Pferd trat, umkippte. Das Tier sank mit dem Hinterbein bis zum Hals hinein, stürzte und zerbrach die Deckung. Da es das Bein aus dem Loch nicht herausziehen vermochte, wurde es abgehängt und die Stücke an die Seite geschoben. Sofort herbeigerufenen Mannschaften der Feuerwehr bemühten sich, das Tier aus seiner Lage zu befreien, was aber infolge sehr gefährlich war, als das mächtige Tier wild explodierte und sich so sehr leicht einen Bruch des im Loch stehenden Beines zuziehen konnte. Es wurde daher von einer Anzahl von Wehrmännern festgehalten, während andere Wehrmänner bestrebt waren, den im Loch festgeklammerten Fuß des Tieres durch Anwendung von Meißel und Beetzange zu befreien. Nach etwa halbstündigen Bemühungen gelang dies endlich und das Tier konnte ausgerichtet werden. Es war an dem Beine an verschiedenen Stellen erheblich verletzt, jedoch es mit dem Fuße nicht aufzutreten wagte, aber ein Beinbruch, der das wertvolle Tier unbedingt dem Schlächter überliefern hätte, war doch verhütet worden. Da sich die Schieberöffnung, in die das Tier geraten war, mitten zwischen den Seitengleisen befindet, mußte der Verkehr der Straßenbahn durch die Schieberbrücke etwa eine halbe Stunde lang unterbrochen werden. Es hatten sich in der Zeit etwa 15 Straßendiebstrahler zwischen Unterwegsplatz und Obertrasse ausgebreitet.

Von einem Straßendiebstrahler überfahren wurde am Mittwoch nachmittags gegen 5 1/2 Uhr die 39 Jahre alte Ehefrau Ernestine Wille aus Sachwitz, Kreis Neumarkt. Die Frau wurde blutüberströmt unter dem Wagen hernorgezogen. Die Verwundete wurde mittels Krankenwagens der Unfallstation in das Wenzel-Sandstein-Krankenhaus gebracht.

Abwurf in einen Keller. Am Mittwoch vormittags um 10 1/2 Uhr stürzte der 79 Jahre alte Müller Otto Uhl, der Löschstraße 33 wohnt, in einem Hause der Mühlenerstraße in einen Keller, wo er beinahe den Tod gefunden hätte. Sofort herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr stellten außer einigen äußeren Wunden auch schwere innere Verletzungen fest. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verunfallte mittels Krankenwagens der Feuerwehr in das Allerheiligenshospital gebracht.

Von einer Kreisdrohke unversehrt wurde gestern nachmittags der Markt-Arbeiter Paul Karbot, der Matthisstraße 156 wohnt. Er war auf dem Wege am Eingang der Albrechtsstraße mit seinem Handwagen beschäftigt, als eine auf den Hüften einbiegende Kreisdrohke an seinen Handwagen ansetzte, wobei dessen Reiche Karbot zu Boden schlug, der Verunfallte an einem Arm erlitt. Der Kreisdrohkenführer fuhr rücksichtslos weiter, ist aber sofort ermittelt worden.

Strassenunfälle. Der Bougewerkschüler Müller wurde beim Überfahren der Leisingbrücke von einem Fuhrwerk unversehrt. Sein Rad wurde überfahren und völlig zertrümmert, während er selbst mit leichten Beschädigungen davonkam. Der Fahrer des Fuhrwerks, eines Wagens der Dampftraktion „Concordia“, trifft nach Aussagen von Augenzeugen keine Schuld, da er genötigt war, einem anderen Fuhrwerk auszuweichen und dabei so auf sein Rad aufzugehen, wobei er ein Radfahrer unversehrt. Am Dienstag verunfallte auf der Königsbrücke der Zimmermann Siegel von der Antonienstraße dadurch, daß er zwischen zwei Wagen hindurchzufahren versuchte. Er wurde umgestoßen und so schwer beschädigt, daß er in das Allerheiligenshospital gebracht werden mußte.

Erhängt hat sich am 11. d. M. in seiner Wohnung auf der Lohstraße der Klempner Hoffmann.

An alle tätigen Genossen

richten wir die Bitte, an der „Volkswacht“-Agitation Sonntag, den 17. März, recht regen teilzunehmen. Jeder, der auch nur eine Stunde seines Sonntags für die wichtige Arbeit opfern will, findet dazu Gelegenheit, wenn er sich morgens 8 Uhr im Lokal: Wein, Rohrauerstraße 70, einfindet. Wir ersuchen besonders die Genossen der umliegenden Distrikte um tätige Beteiligung, damit es uns gelingt, alle Arbeiter dieses Stadtteiles als Leser unserer Presse, als Mitglieder und Mitkämpfer zu gewinnen.

Ein städtischer Straßenbahner schwer verunglückt ist Mittwoch früh gegen 1/9 Uhr wieder einmal an der Einfahrt am Depot Steinstraße. Der Mann geriet zwischen den Wagen und die Wand und wurde so schwer gequetscht, daß er einen Beckenbruch erlitt. Man schaffte den Verunglückten nach dem Wenzel-Sandstein-Krankenhaus.

In jener Einfahrt sind bereits mehrere Unfälle vorgekommen, von denen einer tödlich verlief. In der Stadthorbenotenversammlung ist von unserer Seite schon vor längerer Zeit auf die gefährlichen Zustände in jener Einfahrt hingewiesen worden. Sollten denn auch weiterhin noch immer neue Opfer gefordert werden, ehe eine Aenderung erfolgt?

Insolvenz mangelhafter Vorkantur der Bankstelle erlitten zwei Automobile auf der Klosterstraße Ecke Prillstraße erhebliche Beschädigungen. Dort wird das Straßensplaster ausgeteert beziehungsweise erneuert und es war zu dem Zwecke das Plaster aufzureißen, bei während der Nacht nicht genügend beachtet oder mit Warnungsschildern versehen. Zwei nachtsicherweise nacheinander dort fahrende Kraftfahrwerke erlitten in die aufzureißen Stellen und trugen nicht unbedeutenden Schaden davon.

Im Mühlendamm verstoßen ist am Dienstag ein Arbeiter von dem Gute Mühlendamm. Er hatte am 8. d. Mts. ein gefallenes Rind abladen, war zweifellos infolge Unachtsamkeit verstoßen und wurde am 10. d. Mts. in das hiesige Krankenhaus der Harnheiligen Brüder eingeliefert. Man stellte hier Mühlendamm fest und eine Verletzung führte den Tod herbei.

Gefunden wurden eine Damenhandtasche mit Inhalt, ein Hundemantel, ein schwarzer Damenstiel, ein Damenschirm, ein Kuagel, ein Rosenkranz mit Kreuz, ein silbernes Kettenarmband, vier weiße Taschentücher. — Anzeigekosten ist ein Wolfsbüchse. Zu erfragen im Hund-Bureau des Polizeipräsidiums.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Beisterwitz, 14. März. Achtung, Arbeiter von Beisterwitz! Die Gemeindevorstandswahl findet Montag, den 18. März, vormittags 11 Uhr statt. Für die Arbeiterchaft in der dritten Klasse sind angesetzt: Gerolf Quast Koppitz als Erbkamm, Müller Karl Wirth und Bauarbeiter Rudolf Richte auf je sechs Jahre.

Neueste Nachrichten.

Beschwerde gegen die Polizei.

Bohuslitz, 14. März. Der Vorstand des Allen Bergarbeiterverbandes hat beim Ministerpräsidenten von Böhmen-Pollweg telegraphisch Beschwerde erhoben, wegen des rigiden und teilweise drit probatorischen Vorgehens der Sicherheitsorgane. Es ist dabei besonders Bezug genommen auf die Vorkantur, die sich gestern nachmittags anlässlich der Streikversammlung abgespielt haben.

Die Polizei rennt.

Quisburg, 11. März. Hamborn gleich in der vergangenen Nacht einer Stadt im Belagerungsstande. In den „gefährliden“ Straßen und Stadteilen war jedes Zusammengehen und Zusammenstehen aufs strengste verboten. Alle Fenster mußten geschlossen gehalten werden. Wo sich ein geöffnetes Fenster zeigte, wurde von Seiten der Schutzmannschaft sofort mit Schüssen gedroht. Aus einigen Fenstern wurde angeblich geschossen (Die Polizei hört nämlich fortgesetzt und überall „schießen“) und mit Flaschen und anderen Wurfgeschossen nach den Patrouillen geworfen. Jede verächtliche Person wurde auf der Stelle auf Wissen bittet. Der Wachenlauf ist streng verboten, die vorhandene Munition wurde bei den Waffenhändlern verriegelt. In Ober-Brud fanden kleinere Zusammenstöße zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen statt. Um 11 Uhr abends waren die Straßen wie ausgeföhrt. Das Schützenaufgebot betrug nachts 1 1/2 Uhr drei undert Mann.

Sam, 14. März. Auf der Zeche Rabdos kam es gestern nachmittags beim Schichtwechsel zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Gendarmen die dort auf Ruhe und Ordnung halten sollten und den Streikenden. Die Straßensplatter regierten sich, als angeblich einige Arbeitswillige von Streikenden angegriffen wurden. Die Gendarmen und Schutzleute wolle mit Steinen und Rot bevorzogen werden sein und machten von der blanken Waffe Gebrauch. 35 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Noch schärfer!

Münster, 14. März. Heute vormittags gehen zwei Bataillone Infanterie und zwei Schwadronen Kürassiere in den Kreis Beckinghausen ab, ferner ein Regiment Jäger und zwei Schwadronen Husaren in den Kreis Dortmund.

Quisburg, 14. März. Die Meldungen hiesiger Blätter und auch verschiedener anderer deutscher Blätter, daß Militär in die besonders bedrohten Bezirke geschickt werden wird, bezeichnet die Regierung in Düsseldorf als unrichtig. Vorläufig, so erklärt die Regierung in Düsseldorf, besteht eine solche Absicht noch keineswegs. Vielmehr soll nur die Schutzmannschaft, namentlich die berittene, erheblich verstärkt werden. Auch sollen die Schutzleute angewiesen werden, noch schärfer als bisher bei Ansammlungen und Ruhestörungen vorzugehen.

Im Gegensatz zu der christlichen Presse, die nicht laut genug nach Militär schreien kann, müssen wir ab- und mal die kapitalistische „Rein. Westf. Ztg.“ zitieren, die bei der Wahrheit bleibt. Sie schreibt in ihrem Mittagsblatt am Mittwoch, es seien außer in Hamborn ernstliche Unruhen nirgends vorzuliegen. Bei Nachprüfung von Korrespondenzen ergebe sich fast stets, daß es sich um verhältnismäßig harmlose Zusammenrottungen handelt, die auch ohne Militär vorzukommen.

Die Grubenmillionäre halten sich schadlos.

Essen (Ruhr), 14. März. Es ist schon streikenden Bergleuten wird heute durch Postkarte mitgeteilt, daß sie durch die vollständig dreitägige Fierern entlassen sind und daß ihnen wegen Kontraktbruchs nach den Bestimmungen des Arbeitsvertrages ein Schlichter von sechs Tagen von dem ihnen noch zustehenden Lohn gut haben abgezogen werden wird.

Bohuslitz, 13. März. Der sozialdemokratische alle Bergarbeiterverband verbreitet folgende dringende Mahnung an alle streikenden Bergarbeiter:

Einige Vorkantur der letzten Tage veranlassen uns, dringend zur Reue und Ruhe zu mahnen. Vor allen Dingen ist es dringend nötig, zusammenzutreten zu unterlassen. Die Arbeiterkräfte ruhen schon nach Militär und dem Belagerungsstande. Gelinaf es, ihr Vorhaben zu verwerflichen, dann leidet unter gerechter Kampf schwerer Schaden. Hört die Mahnung und seid vernünftig. Auch wir möchten der Behörde anheimgeben, auf die streikenden Beamten bezugsnehmend einzudringen. Diese lassen sehr viel Ruhe vermissen. Wo einheimische Sicherheitsorgane den Dienst versehen, machen sich nicht die geringsten Störungen bemerkbar. Diese kennen Land und Leute und wissen, daß ein gutes Wort viel ausmacht. Die Organisation kann und darf nicht zugeben, daß Ordnung, Ruhe und Disziplin gefährdet werden. Vereitert der Organisation keine Schande. Unsere Sache steht auf. Schon freies 230 000 Bergleute. Hört darum die brüderliche Mahnung. Führt den gerechten Kampf in Ruhe und Ordnung, weicht den Alkohol, weist alle anständigen Elemente aus Eurer Mitte.

Der Vorstand des Vereins deutscher Bergarbeiter.

Zur Streiklage in England.

London, 11. März. Die „Times“ berichten über die gestrigen Verhandlungen zwischen den Delegierten der Arbeitgeber und den Abgeordneten der Arbeitervereine, daß die allgemeinen Verhandlungen heute fortgesetzt werden. Die Konferenz vertagte sich, damit die neuen Vorschläge von den Grubenarbeitern einer genaueren Prüfung unterzogen werden können. Der eigentliche Charakter des Vorkantur ist noch nicht allgemein bekannt, da auf beiden Seiten strengste Verschwiegenheit bewahrt wird. Die Konferenz wird zwischen den beiden Parteien heute im Ministerium des Auswärtigen Amtes wieder fortgesetzt werden. Die Lage, die sich, wie auch die Delegierten der Arbeitgeber zugestehen, erheblich gebessert hat, läßt aber noch nicht die Erwartung zu, daß die Arbeit bald wieder aufgenommen werden kann.

Eine Regierungswarnung.

Mailand, 14. März. Das Mailänder königlich-italienische Anwesenheitsamt fordert die Arbeiter auf, nicht nach dem Aufruf zu gehorchen, damit sie sich nicht den schädlichen Folgen der Verhaftungslosigkeit oder des Streikbruches aussetzen.

Demonstrationsstreik.

Paris, 14. März. Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes haben gestern abend eine Versammlung abgehalten, in der beschlossen wurde, in einem vierundzwanzigstündigen Streik einzutreten und zwar zum Protest gegen die Haltung der Regierung in dem Streik der Tagelöhnerarbeiter.

Die Singer-Nähmaschinenfabrik sperrt aus!

Wienberg, 14. März. Die Singer-Nähmaschinenfabrik sperrt gestern ihre sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Etwa 140 Arbeiter und Arbeiterinnen sind von dem Ausperrung beschluß betroffen worden. Die Ursache der Ausperrung ist ein Streik der Formarbeiter.

Streik in Amerika.

New York, 14. März. Die Leitung der Kohlenzechen haben den Grubenarbeitern neuerdings die Erneuerung des Vertrages von 1908 angeboten. Die Arbeiter haben nicht sofort geantwortet, haben sich vielmehr eine Bedenkzeit bis kommenden Freitag ausbedungen und auch erhalten. Man ist allgemein in informierten Kreisen der Ansicht, daß die Arbeiter als Anbieten der Kohlenzechenleitung ausbleiben werden. Der Streik wird erwartet.

Verhaftetes Attentat.

Rom, 14. März. Auf König Viktor Emanuel wurde heute vormittags bei einer Hoffahrt geschossen. Er blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Italien und die Türkei.

Konstantinopel, 14. März. Eine kaiserlich türkische Rundgebung und eine solche des Marineamtes besprechen seit gestern die Durchfahrt durch die Dardanellen als höchst gefährlich, und zwar für alle Dampfschiffe und Segler, die sich nicht einem amtlich in Lizenzen anvertrauen. Die Furcht vor einem Bombardement durch die italienische Flotte zettelt das Gerücht, daß die türkische Regierung den Sultanischen bereits in Sicherheit bringen ließe, und daß man über die einzelnen Schiffe ein genaues Inventar aufgenommen habe. Jedenfalls hat die Erregung unter der Bevölkerung und die widersprechenden Nachrichten durchdringen von Zeit zu Zeit die Luft.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 14. März:
Zach der Verband. Versammlung im Billardzimmer.
Tapezierer-Verband. Versammlung im Zimmer 1.
Französischer Kontrakt. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 7 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 15. März:
Vortrags-Kursus im großen Saal.
Sonabend, den 16. März.
Schuhmacher-Verband. Stützungsfeier im großen Saal.
Bakette er. Versammlung im Billardzimmer.
Gärtner. Versammlung im Zimmer 3.
Bildhauer. Versammlung im Zimmer 5.
Spanische Versammlung im Zimmer 6.
A. Fincken. Treffpunkt im Lokal.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land) Neumarkt.

Landdistrikt 3. Bezirk Cawallen, Friedewalde.
Donnerstag, den 14. März, abends 8 Uhr, bei Club in Friedewalde: Gemeindevähler - Versammlung. Tagesordnung: 1. Barium bereithalten wie uns an den Gemeindevählern; Redner: Gemeindevorsteher: Erwig aus Krieten. 2. Freie Muttersprache.
Landdistrikt 13. Bezirk Woißschwitz. Donnerstag, den 14. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Scholz in Woißschwitz. Tagesordnung: 1. Unser Verhalten bei der Wahl. 2. Bericht des.

Beisterwitz. Wahlverein. Sonntag, den 17. März, nachmittags 6 Uhr: Versammlung beim Gastwirt Lerche.

Beisterwitz. Bauarbeiter-Verband. Sonntag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr: Versammlung bei Herrn Gastwirt Lerche. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission.

Bekanntmachungen

der Rad-, Sport- und Gesangsvereine.
(In dieser Rubrik kostet die Seite 30 Pf.)
Carl-Lieb-Krieger. Arbeiter-Radsport-Verein, Borussia. Sonnabend, den 16. März, abends 8 Uhr: Wichtige Versammlung bei Weiler in Carl-Lieb. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz in Dels-Spalk. 2. Wahl der Delegierten zum Sonntag. 3. Agitation. 4. Bericht des. Die Sportgenossen werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung. Mittwoch, den 13. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.
Die gegen die Abgeordneten Romicki (Pole), Raute (Soc.) und Struve (Vpt.) schwebenden Gerichtsverfahren werden für die Dauer der Session einstellt.
Die Interpellation des Zentrums wegen des Verarbeitersstreiks wird, wie Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt, morgen beantwortet werden.

Ein Nachtragsetat für 1911.

Abg. **Mollenhuth** (Soc.) beantragt Ueberweisung an die Budget-Kommission. Es handelt sich hier um den Besoldungssetat für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Ungeheure. In der beiliegenden Denkschrift heißt es: „Ein Gehalt in der Organisation der Reichsversicherungsanstalt würde nicht nur die gesamten Verwaltungskosten wesentlich steigern, sondern kann auch für die Entwicklung der Anstalt verhängnisvoll werden.“ Solche Fehler können aber sehr leicht eintreten, so lange die im Gesetz vorgesehene nicht beamteten Mitglieder des Direktoriums noch nicht bestimmt sind.

Geheimrat **Caspar**: Herr Mollenhuth hat auf eine Reihe Aufgaben hingewiesen, die allerdings erfüllt sein müssen. Bevor die Anstalt in vollem Umfange in Funktion treten kann. Aber all diese Aufgaben setzen voraus, dass erst einmal eine Organisation geschaffen werden muß und lebendig um die Einleitung dazu handelt es sich hier.

Abgeordneter **Vassermann** (nall.), widerlegt dem Antrag auf Kommissionsberatung. Es sei notwendig, daß die Beamten zur Vorbereitung der ganzen Organisation so bald als möglich in Tätigkeit treten.

Abgeordneter **Dr. Schäfer** (Zentr.) schließt sich dem Vordröner an.

Abg. **Mollenhuth** (Soc.): Was mich stutzig gemacht hat, ist eine Bemerkung auf Seite 7 der Denkschrift, wonach der jetzt zu schaffende Apparat ebenso funktionieren soll, als ob das Gesetz schon viele Jahre hindurch bestanden hätte. Daraus konnte man schließen, daß die Regierung ihrer ursprünglichen Pflicht gemäß entgegen dem Beschluß des Reichstags nun doch alles ohne die nicht beamteten Mitglieder des Direktoriums machen wollten.

Abg. **Graf Westarp** (cons.) hält ebenfalls eine Kommissionsberatung für überflüssig.

Der Antrag Mollenhuth wird zurückgezogen, der Entwurf wird genehmigt.

Der Etat des Innern.

In den Etat sind 150 000 Mk. zur Unterstützung wissenschaftlicher Bestrebungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft eingestellt. Die Budgetkommission hat auf Antrag des Zentrums eine Resolution angenommen, die einen Erziehungsetat mit großen Mitteln zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche unter wirksamer Bekämpfung ihres Erregers fordert. Es sollen Stipendien an Institute und geeignete Privatpersonen und eine große Prämie dem Entdecker des Seuchenregens und des Heilmittels gewährt werden.

Eine weitere Resolution des Zentrums verlangt die Uebernahme der Kosten für Seuchenbekämpfung auf den Staat.

Abg. **Mattiger** (Ztr.): In Niederbayern hat die Seuche nach den neuesten Nachrichten wieder weiter um sich gegriffen. Sie bedroht den deutschen Viehstand, dessen Wert für das Klauenvieh allein mit 10 Milliarden nicht zu hoch geschätzt wird. Eine Nationalwende ist für den Entdecker des Seuchenregens und für den Finder eines Heilmittels angemessen. Die Lösung für die Bekämpfung der Seuche heißt: Den Viehsteckbrief zurück, die Hygiene vor! (Bravo! im Zentr.)

Abg. von **Volto** (cons.): Das Ausland sollte nicht besser behandelt werden als das Inland. In der Grenze muß es heißen: entweder Quarantäne oder binnen 24 Stunden abschachten, sonst wird die Seuche immer wieder eingeschleppt. Öffentlich wird mit dem Faktatreten des neuen Viehseuchengesetzes am 1. April — aber das erscheint noch nicht sicher — von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, wenn eine Seuche noch nicht weit verbreitet ist, durch Abschachtung des Viehs den Seuchenherd auf einen kleinen Kreis zu beschränken.

Abg. **Wamhoff** (nall.) ist erfreut darüber, daß Preußen bereits erhebliche Mittel zur Erforschung der Seuche eingestellt hat. In ihrer jetzigen Form sind die Spermaeregeln wenig wirksam. Bei allen polizeilichen Maßnahmen müssen auch sachverständige Laien gehört werden. (Bravo.)

Abg. **Blum** (Vpt.): Selbst die strengsten Sperrvorschriften konnten die Seuche nur aufhalten, aber nicht vertilgen. Die Bereitstellung von Reichsmitteln zur wissenschaftlichen Erforschung der Seuche wünschen auch wir. Die Notwendigkeit eines strengen Grenzschutzes gegen die Einschleppungsgefahr erkennen auch wir durchaus an. (Hört, hört! rechts.) Der durch die Seuche verursachte Schaden für die Volkswirtschaft beträgt mehrere Millionen. Bei den Spermaeregeln bürden die Interessen der Betroffenen und des Verkehrs nicht vernachlässigt werden. (Sehr richtig! links.) Die Beobachtungsgebiete sind viel zu groß. Es müssen sachverständige Laien gehört werden. Leider wurde unser dabinahender Antrag bei der Beratung des Viehseuchengesetzes abgelehnt. Wir haben eine Resolution eingebracht, die die von mir aufgestellten Forderungen enthält und sich in der Entschädigungsfrage mit der anderen Resolution deckt. (Bravo! links.)

Inzwischen ist eine

Resolution Albrecht (Soc.)

eingegangen, die die obligatorische Versicherung gegen die Schäden infolge von Viehseuchen fordert.

Abg. **Scheidemann** (Soc.): Solche Auseinandersetzung über die Klauen- und Maulseuche haben wir in den letzten 8 Jahren gering gerechnet, 20—25 Mal gehabt. Es zeigt sich hier, daß der Reichstag in der Tat eine Halle der Wiederholungen ist. (Weiterkeit.) Ich will darauf verzichten, zu den alten Klagen und Forderungen neue vorzubringen, ich will nur auf den wertwichtigen Umstand hinweisen, daß früher immer geflagt wurde über die Maul- und Klauenseuche und jetzt mehr über die Behörden und ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche. Einig sind wir uns alle darin, daß die Maul- und Klauenseuche rumschlingt, daß namentlich die Viehzüchter außerordentlich schwer geschädigt werden, und wir Sozialdemokraten werden auch in Zukunft wie bisher alles bewilligen, was geeignet ist, die Seuche zu erforschen und zu bekämpfen. Aber wir werden auch in Zukunft alles ablehnen, was nicht im direkten Zusammenhang mit der Bekämpfung der Seuche steht, jede Verquickung mit rein wirtschaftlichen Forderungen. Deshalb haben wir ja auch gegen das Viehseuchengesetz gestimmt, weil man Dinge hineingebracht hat, die mit der Seuchenbekämpfung nichts zu tun haben.

Abg. **Alofe** (Zentr.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Resolutionen.

Geheimrat **Dr. Jonquieres**: Die Stellung der Regierung zu der Resolution der Kommission muß ich vorbehalten. Eine Aenderung in den Bestimmungen über die Entschädigungsfrage ist ausgeschlossen. Auf die wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen ist in den Ausführungsbestimmungen nach Möglichkeit Rücksicht genommen, die Interessenten ausführlich gehört worden. Für den Sommer, den Eintritt der Weidzeit, werden auch dieses Mal wieder Ausnahmen von den strengen Wintervorschriften gestattet werden. Das Viehseuchengesetz und die Ausführungsbestimmungen werden hoffentlich mit Eintritt des

Frühjahrs in Kraft treten können. Uebrigens ist infolge der bisherigen Bekämpfung die Zahl der verletzten Gehöfte erheblich zurückgegangen. Die notwendigen Opfer sollten von den betroffenen Viehhältern in ihrem eigenen und dem Interesse der Allgemeinheit getragen werden.

Abg. **Mühlhorn** (Vpt.): Schlimmer als von der Seuche werden die Viehzüchter von den unklugen Maßnahmen der Behörden betroffen. Eine Kuh wurde innerhalb acht Tagen viermal unterjocht und viermal gefoltert. Kostenpunkt 40 Mark — arme Kuh, armer Besitzer! (Hört, hört! und Weiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **See** (nall.), **Behrens** (Wittich, Vgg.), **Werner** (Unif.), **Graf Oppendorff** (b. l. F.), **Wallenborn** (Ztr.), **Dr. Bell** (Ztr.), **von Morawski** (Pole) schließt die Debatte.

Die vorliegenden Resolutionen werden angenommen, die Resolution Albrecht (Soc.) gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen.

Es folgt das Kapitel

Reichsschulkommission.

Hierzu liegt eine Resolution **Albrecht** (Soc.) und Genossen vor, auf Vorlegung eines Berichtes, der die Reichsschulkommission zu einem selbständigen Reichsamte für das Schul- und Bildungswesen des Reiches ausbaut.

Abg. Schulz (Soc.):

Nachdem sich das hohe Haus in Stundenlangen Debatten für das Wohl der deutschen Kinder bemüht hat, glaube ich Genugthuung dafür voraussetzen zu dürfen, daß wir uns auch ein wenig dem körperlichen und geistigen Wohl der deutschen Kinder widmen. (Weiterkeit.) Gesunde Mäuler und Klauen für das deutsche Kindvieh sind gewiß wichtig, aber für die wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen des deutschen Volkes ist es auch von großer Wichtigkeit, daß die heranwachsende Generation gesund an Haupt und Gliedern ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die Reichsschulkommission ist die wüchtige Summe von 6500 Mark im Milliardenetat ausgemorfen. Der Name dieser Institution läßt allein kühne Vermutungen zu. In der Tat hat die Reichsschulkommission keine andere Aufgabe, als die Vorbedingungen für die Zulassung zum einjährig-freiwilligen Dienst zu kontrollieren. Das Einjährig-freiwilligen-Privileg selbst ist ein Dohn auf jede vernünftige Schulorganisation. Redner gibt einen ausführlichen historischen Ueberblick über die Entstehung und Erweiterung des Einjährig-freiwilligen-Privilegs. Wir fordern die Abschaffung dieses ganzen verblüffenden Privilegs. (Sehr wahr! b. d. Soc.) Die Mitglieder der Reichsschulkommission müssen als Schulmänner selbst zugehen, daß es für die Zwecke der Landesverteidigung wertlos und für die Schulverhältnisse geradezu von verwerflicher Wirkung ist. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Jahr für Jahr werden Zehntausende von Schülern nur wegen des Berechtigungscheines auf eine falsche Ausbildung basieren und bringen die schönsten Jahre mit Dingen zu, die sie im späteren Leben garnicht gebrauchen können.

Nach einer Statistik der kölnischen Volkszeitung besuchen von 212.000 Schülern der höheren Lehranstalten 112.000 die Anstalt nur,

um das Einjährig-Privileg

zu erhalten. (Hört, hört! bei den Soc.) und von diesen 112.000 erlangen nur 57.000 das Ziel, die übrigen 55.000 haben ihre Kräfte ganz nutzlos vergeudet. In welcher Weise dies die Junglinge schädigt, das werden ja vieleicht manche hier im Hause wissen. (Weiterkeit bei den Soc.) Herr Dr. Dertel, den wir hier im Hause sehen, hat einmal in der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt, die Einrichtung habe sich nun einmal eingebürgert und ihre Abschaffung würde für die Kreise des höheren Mittelstandes eine schier unerträgliche Härte bedeuten. Wenn man aber berücksichtigt, daß nur 5 Prozent der Kinder eine höhere Schule besuchen und sich dann die eben wiedererwähnten Zahlen der kölnischen Volkszeitung überlegt, so muß man doch fragen, wie groß denn die Kreise sein würden, für die die Abschaffung schier unerträglich sein würde. Der Vorschlag, auch Teile des Handwerkerstandes mit dem Einjährig-privileg zu beglücken ist ganz verkehrt. Wenn Kunstgewerber, Fachschüler usw. die Berechtigung erhalten würden, so können sie dies Privileg doch zum großen Teile wegen des Mangels an Mitteln nicht ausnutzen, oder aber der Vater würde mit Mühe und Not sich das Geld für den Einjährigendienst seines Sohnes zusammensparen, während er sein Geld anderweitig viel besser anwenden könnte. (Beifall bei den Soc.) — Die Einjährigen spielen nicht immer gerade im Dienste die besonders heldenhaften Rollen. (Weiterkeit bei den Soc.) Sie verberben häufig die Front. (Erneute Weiterkeit.) Abg. Dr. Dertel widerspricht. (Weiterkeit bei den Soc.) Selbst manche Reserveoffiziere bilden im Dienst eine dauernde Quelle des Unmümens, ich will natürlich nicht vom Durchschnitt sprechen. Aber ich glaube sogar, daß mancher aktive Offizier sehr froh ist, wenn er bei den Feldübungen einen intelligenten Sergeanten hinter sich hat. (Sehr richtig! bei den Soc.) Ich will natürlich durchaus nicht verallgemeinern, ich nehme sogar familiäre Mitglieder dieses hohen Hauses aus. (Weiterkeit.) Ich nehme an, daß Sie bei allen militärischen Redungen Ihre Rolle glänzend gespielt haben. (Erneute Weiterkeit.) Aber das Einjährig-privileg muß als ein völlig mißglückter Versuch bezeichnet werden, Schul- und Militärdienst mit einander zu verquiden. Wenn aber wirklich bessere Schulen eine Verkürzung der Militärdienstzeit ermöglichen sollten, dann sollte man bessere Schulen, etwa höhere Gewerbeschulen oder Oberrealschulen, allgemein erziehen und allen Kindern dann die Wohltat des Einjährigendienstes zulassen. (Sehr richtig! bei den Soc.) Dann könnten wir das ganze zweite Jahr abschaffen; wir schlagen dann zwei Fliegen mit einer Klappe, bekommen auf einmal bessere Soldaten und bessere Schülern, bekommen lauter Männer, die den Marschallstab im Tornister tragen. (Weiterkeit.)

Wie oft im Reichstage hat man ferner bei diesem Titel über das Berechtigungsprivileg gesprochen! Gerade Herr Dr. Dertel hat ja darüber bei diesem Titel mit besonderem Vergnügen über das Berechtigungsprivileg gesprochen.

Einmal hat Dr. Dertel gefagt: Red. Freiburg! Da hebt sich das alte Schullehrerherz. (Weiterkeit.) Es muß doch jetzt ebenso stark klopfen, wie das avarische Herz vorhin bei den Debatten über Maul- und Klauenseuche. (Weiterkeit.) Wir ziehen aus den vorhergegangenen Bildungsdebatten den Schluß, daß alle Parteien das Bedürfnis haben, jetzt über Schul- und Erziehungsfragen zu reden. Wir Sozialdemokraten möchten gern ständig Gelegenheit haben, dieses Gebiet zur Sprache zu bringen und verlangen deshalb, daß die Reichsschulkommission ausgebaut werde zu einem Reichsamte. Das ist nicht neu. Abg. **Schhoff** hat es schon früher angeregt; ebenso auch Schulmänner und Korporationen außerhalb des Hauses. J. W. hat der deutsche Lehrerverein die Forderung eines Reichsamtes für Volksschulen ebenfalls erhoben. Doch ist diese Frage im Reichstage nicht in geeigneter Weise gefördert worden. Unter Antrag bietet Ihnen jetzt Gelegenheit zu zeigen, ob Sie ihr näherzutreten wollen. Das Reich hat die Kompetenz zu einer solchen Regelung, es hat mindestens die Kompetenzkompetenz, wie Graf **Voladomsky** zugegeben hat.

§ 120 der G.-O. legt den Unternehmern die Verpflichtung auf, Arbeitern unter 18 Jahren für den Besuch der

Fortbildungsschulen

die nötige Zeit freizugeben; auch das ist reichsgesetzlich geregelt. Alle solche Ausnahmen gehören in das Arbeitsgebiet des Reichs-

schulamts. Das Reich hat die Verpflichtung, Einsicht zu nehmen in die Schulverhältnisse der Einzelstaaten, um dringenden Bedürfnissen abzuweichen. Das deutsche Schulwesen ist längst nicht mehr in der Welt voran. Eine Einheitslichkeit, wie wir sie wünschen, wäre keineswegs eine Uniformierung, auch nicht eine Unterbindung der Selbstverwaltung; im Gegenteil, diese wird erst möglich durch einheitliche Schulbestimmungen für das Reich. Jetzt haben wir eine Buntschichtigkeit der Bestimmungen ohne Sinn und Verstand allein durch den Zufall der Kleinstaaterei. Wir sind es der werdenden Generation i. h. u. b. g., daß nicht viele Intelligenzen zu Grunde gehen, weil sie der rückständigen Schule eines Einzelstaates unterliegen. Ein Reichsschulamt wäre auch verpflichtet, Minimalbildungsbedingungen aufzustellen.

Wir wollen keine Schranke für die geistige Entwicklung nach oben, aber wir wollen verhindern, daß Intelligenzen, die das deutsche Volk sehr gut verwenden könnte, verkümmern. Das ist eine im wahrsten Sinne des Wortes patriotische Forderung. (Sehr wahr! bei den Soc.) Die gesunde körperliche, geistige und seelische Entwicklung der heranwachsenden Generation ist das Beste, was wir leisten können im Interesse der Landesverteidigung. Die Ausarbeitung eines solchen Bildungsminimums wäre eine der wichtigsten Aufgaben dieses Reichsamtes. Auch über den inneren Schulbetrieb hätte das Reichsschulamt Untersuchungen anzustellen, und die angemessenen Resultate den Einzelstaaten zur Kenntnis zu geben. Es hätte

das Problem der Arbeitserziehung

zu bearbeiten. Dies Problem ist nicht erledigt durch den bloßen Arbeitsunterricht und Schulverhältnisse, es dürfen damit überhaupt nicht nur bestimmte utilitaristische Zwecke verfolgt werden. Mit der Arbeitserziehung tritt ein ganz neues Prinzip in die Pädagogik ein, das seinen Ursprung in der wirtschaftlichen Entwicklung hat. Arbeitserziehung und wissenschaftlicher Sozialismus sind an demselben Tage und aus denselben Ursachen geboren (Ararat bei den Sozialdemokraten.) Ferner ist notwendig die Schaffung einer Reichsschulstatistik. Das Reichsschulamt muß in engerer Fühlung mit der Praxis stehen; darum wäre ihm anzuschließen ein Reichsschulrat bestehend aus Männern des praktischen Lebens. Seine Hauptarbeit wäre die Vorbereitung eines Reichsschulgesetzes, wodurch es zu einem Reichsunterrichtsministerium werden würde. Das alles kann natürlich nicht von heute auf morgen geschehen, aber die Schwierigkeiten überdenken sind nicht. Eine Reichsschulgesetzgebung, wie wir sie wünschen, wird erst die Voraussetzung dafür schaffen, daß jeder Deutsche mit Stolz sagen kann: ich bin ein deutscher Bürger. Herr Dr. Pfeiffer hat neulich Goethe's Epimenides Erwachen gedeut. Ich möchte daraus folgende Worte anführen:

Wenn so einer „Vorwärts“ ruft
Gleich sind alle hinterdrein
Und so geht es abgestuft
Start und schwach und groß und klein.
Sinan! — Vorwärts! — hinan!
Und das große, das Werk ist getan.

Wir folgen dem Beispiel eines großen Taktikers, des Fürsten Bismarck, der angesichts der Schwierigkeiten, denen die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen begegnete, sagte:

„Wir werden im Verzug sein, das gute Ziel, das wir verfolgen, nicht erschaffen und unmöglich werden, weil ich der Ueberzeugung bin, daß, wenn ein an und für sich richtiger Gedanke sich einmal der Öffentlichkeit bemächtigt, er nicht eher von der Tagesordnung verschwinden kann und wird, als bis er sich verwirklicht hat.“

In diesem Sinne werden wir nicht ruhen und rufen, bis durch ein Reichsschulgesetz in unserem Sinne Deutschlands innere Einheit und Wehrhaftigkeit nach außen gesichert ist, auf die Gefahr hin, daß Sie uns mit vermehrter Energie Vaterlandskolde und Reichsfeinde schelten. (Lebh. Beif. b. d. Soc.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr (vorher Interpellation über den Vergarbeiterstreik.)
Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhhaus.

25. Sitzung. Mittwoch, den 13. März, mittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Weseler.
Eine Reihe kleinerer Vorlagen, die Aenderung von Amtsgerichtsbezirken betreffend, wird debattelos erledigt.

Der Etat des Landtages.

Abg. **Soffmann** (Soc.): Beim Etat des Herrenhauses könnte in Bezug auf die stenographischen Berichte noch mehr gespart werden als es jetzt geschehen ist. Die Jama erzählte von einem angehenden Streik der Stenographen des Herrenhauses. Es wäre ja entsetzlich, wenn wir nicht mehr erfahren würden, was die hohen Herren dort reden, wenn „das treue patriotische Herz die Freiheit hochsprich“ läßt, wie es gestern dort geschehen ist. (Weiterkeit.) Ueber die Geschäftsführung im Herrenhaus sind uns Dinge mitgeteilt worden, die, wenn sie zutreffen, geradezu skandalös sind. Die beiden Rechnungsräte dort füllen ihre tägliche Dienstzeit aus mit Privatarbeiten für das Staatshandbuch und den Johannerorden. (Hört, hört!) Der Fahrstuhl ist stat bis zum 2. Stock, bis zum Boden hinauffahrt, nur weil der Hausinspektor auf dem Dache eine umfangreiche Zucht von Kanarienvögeln, Döhner und Tauben unterhält und sich das Futter per Fahrstuhl hinaufschaffen läßt. Für diese Tiere mußte der Maurer des Herrenhauses aus Staatsmitteln massive Ställe bauen. Daneben unterhält der Hausinspektor auf dem Dache einen großen Gemüsegarten, zu dem die Nummern der auch aus Staatsmitteln hinaufgeschafft wird. Dieser Zustand ist nicht nur staatsrechtlich unzulässig, sondern auch aus Sicherheitsgründen bedenklich. So gern wir jetzt dem Herrenhaus aufs Dach steigen möchten (Weiterkeit), so müssen wir doch dagegen protestieren, daß das Oberflächliche der Herren da drüben so sehr belastet wird. (Große Weiterkeit.) Denken Sie nur, wenn in einer wichtigen Beratung des Herrenhauses, etwa wie gestern, wo die Sozialdemokraten dort geschmort und geschwitz wurden, auf die Herren plötzlich das Dach herunterprasselt mit Döhnern, Kanarienvögeln und K. o. h. (Große Weiterkeit.) Die Diener des Hauses werden zu Arbeiten für den Hausinspektor verurteilt und daneben werden sie 100 Tage im Fahrstuhl verurteilt, um für den U. n. o. n. l. u. b. auf der Rennbahn läufig zu sein. Mit solchen Zuständen muß aufgeräumt werden. Sie wissen ja, daß wir gern bereit sind, in dem Hause der Herren eine so gründliche Austehr vorzunehmen, daß der Platzmangel in diesem Hause für neue tüchtige Kräfte gehoben wird. Bis wir so weit sind, müssen die Herren in dem Hause da drüben für Ordnung und Sauberkeit in eigenen Hause sorgen und vor der eigenen Tür kehren.

Präsident **Fehr**, v. **Erffa**: Es ist nicht zulässig, das andere Haus in dieser Weise zu kritisieren.

Abg. **Soffmann** (Soc.) (fortfahrend): Wir werden alles aufbieten, damit jenes Haus da drüben, in das man nicht hineingewählt, sondern wie in einem Mausoleum betegelt wird, gründlich ausgeleert wird, um den Gabelstiel und den Leichengeruch in jener galvanisierten Gabelstielkammer endlich einmal auszutreiben. (Beifall b. d. Soc., Unruhe rechts.)

Präsident **Fehr**, v. **Erffa**: Wegen dieser letzten Aeußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

Der Etat des Herrenhauses wird bemittelt.

Beim Etat des Abgeordnetenhauses fordert die Kommission in einem Antrage einen Belegentwurf, durch welchen das Reich der Präsidenten beider Häuser des Landtages zur Vertretung des Reichstages und die Rechtsverhältnisse der Beamten der beiden Häuser

neu geregelt werden. Ein Antrag des Frhr. v. Brandenstein (kons.) wünscht Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern, um die oben erwähnten Fragen nochmals zu prüfen.

Abg. Stroffer (kons.) regt an, das Nachbargrundstück in der Prinz Albrechtstraße anzukaufen, um im Falle ein neues Bild des bisherigen Besitzers v. Kröcher aufzuhängen, da das jetzige sehr unähnlich sei.

Abg. Graf Strachwitz (Ztr.) wünscht Ausdehnung der Freifahrten für die Abgeordneten auch nach dem Wahlkreise, nicht bloß nach dem Wohnorte.

Abg. Dr. Friedberg (nll.) spricht sich gleichfalls für den Ankauf des Nachbargrundstückes aus und behauptet lebhaft, daß die Regierung den Abgeordneten noch immer nicht Freifahrten für alle Fahrten gewähre.

Abg. Dr. Bachnick (Sp.) ist ebenfalls für den Ankauf des Nachbargrundstückes und fordert einen früheren Beginn der Sessionen. Die Sessionen müßten länger dauern. Eine neue Fraktion ist ins Haus eingetreten. Sie hat ein Nebenbedürfnis und bezieht es. (Sehr wahr! recht.) Den Abgeordneten hier müssen so weitgehende Freifahrten gewährt werden, wie im Reichstage. (Zustimmung.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Abg. Dr. Bachnick forderte einen früheren Beginn der Sessionen. Das haben wir schon oft verlangt. Wir werden es aber erst erreichen, wenn wir uns üben, ebenso rücksichtslos zu sein gegen die Regierung, wie es die Regierung gegen das Abgeordnetenhaus ist. (Sehr richtig! links.) Unter dem Beifall der Rechten wurde dann auf das Nebenbedürfnis der neuen Partei hingewiesen, die in dieses Haus eingedrungen ist und die man nicht loswerden kann. Das bei uns ein Nebenbedürfnis vorhanden ist, ist ganz natürlich. Wir haben 600 000 Wähler zu vertreten und zwar diejenigen, denen am meisten Unrecht zugefügt wird. Da müssen wir mehr reden, als diejenigen, denen alles nach Wunsch geschieht. Ueber 60 Jahre waren wir von diesem Hause ausgeschlossen. Wir haben nun alles nachzuholen, was wir bisher verjährt haben. (Beifall.) Sie haben ja in diesen 60 Jahren so viel Unheil ergrichtet, daß wir jetzt vor die Notwendigkeit gestellt sind, dagegen zu protestieren und es gut zu machen. (Sehr richtig! bei den Soz. und Unruhe rechts.)

Präsident Dr. Freiherr v. Cressa: Sie dürfen nicht sagen, daß dieses Haus 60 Jahre lang Unheil angerichtet hat.

Abg. Hoffmann (Soz., fortsetzend): Wenn wir die Minister erst so an der Leine haben wie Sie (zur Rechten), dann brauchen wir nicht mehr so viel zu reden, dann kommandieren wir und dann parieren die Minister auch, wie sie es Ihnen gegenüber tun. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Wahlen von 15. März entsprechen nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Die Kellner im Restaurant hier müßten mindestens ebenso gut gestellt werden, wie die im Reichstage. Sie haben hier oft sehr geringe Einnahmen, weil von den 443 Abgeordneten des Hauses meistens 400 fehlen. Auch die Diener des Abgeordnetenhauses müßten mindestens ebenso gestellt werden wie die im Reichstage. für sie ist der unvorhergesehene Schluß der Session eine schwere Schädigung, weil sie dann oft nach jahrelanger Dienstreise plötzlich auf die Straße fliegen. Ein Uebelstand ist der Raumanhalt im Hause. Am besten würden wir dadurch Raum schaffen, daß wir das Herrenhaus beseitigen. (Präsident Dr. Frhr. v. Cressa erwidert den Redner, solche Bemerkungen über das Herrenhaus zu unterlassen.) In der Fahrtenfrage ist eine Regelung nötig, daß sich die Abgeordneten im ganzen Lande pflichtgemäß um die Dinge umsehen können. Wenn der Bund der Landwirte Rednerschulen errichtet, soll er das in seinem Hause tun, aber nicht hier. Der Antrag Brandenstein will die Grundlage für die Sinauerweiterung von Abgeordneten schaffen. Aber die Verfassung bleibt bestehen, die das verbietet. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Die Abg. Geh (Ztr.), Wagner (N.), v. Sagen (Ztr.) und Windler (kons.) sprechen sich für frühere Einberufung des Landtages und für den Antrag Brandenstein aus.

Abg. Dr. Krenzl (N.) wünscht Anfassung des Diätensystems an das Reichstages-, ebenso des Freifahrtensystems. Abg. Hoffmann (Soz.) wendet sich entschieden gegen eine Nachahmung des Reichstagsdiätensystems und tritt nochmals für die Diener des Hauses ein.

Unterstaatssekretär Volk: Wir haben keinen Anlaß zur Aenderung des Freifahrtensystems.

Abg. Hoffmann (Soz.): Das ist bezeichnend dafür, was man diesem Hause bieten kann.

Der Antrag v. Brandenstein wird einstimmig angenommen.

Die Wohnungsfrage.

Die Freikonserwativen und das Zentrum beantragen Vorlage eines Wohnungsgesetzes für die Großstädte und Industriegegenden, die Fortschrittler beantragen, diese Einschränkung zu streichen, was Abg. Dr. Fiebig (N.) unter Hinweis auf die Mißstände auf dem flachen Lande begründet.

Abg. Fiebig (Soz.): Wenn wir dem Antrage auf landesgesetzliche Regelung des Wohnungswezens unsere Zustimmung geben, so wollen wir nur zeigen, daß wir bereit sind, in dieser Frage positiv mitzuwirken. An sich haben wir zum Abgeordnetenhaus und zu der Regierung nicht das Vertrauen, auf eine gute Regelung der Angelegenheit, und wir halten nach wie vor eine reichsgesetzliche Regelung für besser. Die Untätigkeit der Regierung in dieser Frage macht es erklärlich, daß unser Vertrauen zu ihr geschwunden ist. Die Regierung hat sich auch stets und ständig für die Aufrechterhaltung des Hausbesitzerprivilegs ausgesprochen, ohne dessen Forderung eine wirksame Verbesserung des Wohnungswezens mit Hilfe der Gemeinden nicht möglich ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie wollen aber davon nichts wissen und lehnen auch ein freies Kommunalwahlrecht ab und deshalb können wir Ihre Bestrebungen in dieser Frage nicht ernst nehmen. Der freikonservative Antrag will nach seiner Begründung das Freizügigkeitsrecht einschränken. Um diesen Preis wollen wir kein Wohnungsgesetz, so notwendig es uns sonst erscheint. Es ist durchaus nicht so, wie es der Abg. Buermeiling neulich hinstellte, daß das Land der Jungfrauen und Berlin der Konzentrationspunkt der Verdorbenen ist. In der Kriminalstatistik kommt Berlin erst an erster Stelle, dagegen Altona, Barmbeck, Hamburg, und Berlin an fünfter, sechster und neunter Stelle. (Hört, hört! b. d. Soz.) Trotzdem gehe ich zu, daß die Wohnungsverhältnisse in den Großstädten viel zu wünschen übrig lassen. In den Kleinstädten und auf dem Lande liegen die Verhältnisse aber besonders in bezug auf die Wohnstätten der ländlichen Arbeiter zum Teil noch viel schlimmer. Das beweisen die amtlichen Feststellungen. Deshalb darf ein Wohnungsgesetz nicht auf die Großstädte beschränkt werden, sondern muß sich auch auf die Kleinstädte und das Land erstrecken. Die hohen Mietpreise tragen zum großen Teil die Schuld an dem Wohnungswezen und diese hohen Mieten sind hervorgerufen durch die schrankenlose Boden Spekulation, die geradezu ein Verbrechen an der Gesamtheit darstellt. Diesem Spekulationswahn muß entgegengetreten werden. Wenn man ganze Arbeit machen will, dann muß die Regierung ein Stück weiter gehen und mit uns eintrifft für die Vergeßlichkeit des Bodens. (Beifall bei den Soz.) Die Gemeinden müssen selbst dazu übergehen, gesunde Kleinwohnungen einzurichten. Das aber ist in Preußen unmöglich, so lange hier das rücksichtslose Gemeindegewalt mit dem Hausbesitzer-Privileg besteht. Wir werden in erster Linie dem fortschrittlichen Antrag zustimmen. Sollte er aber fallen, so hoffe ich, daß die Regierung möglichst bald einen Entwurf einbringt, dem auch wir unsere Zustimmung geben können. Wir werden mit aller Kraft für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse wirken. (Beifall bei den Soz.)

Der freikonservative und der Zentrumsantrag werden angenommen, der fortschrittliche abgelehnt. Donnerstag 11 Uhr: Kleine Besizer. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus Oberschlesien.

Zum Bergarbeiterstreik.

Die ganze bürgerliche Presse Oberschlesiens hat ihr alles Mögliche wieder aufgebracht, denn sie verliert den großen Kampf im Ruhrgebiet so klein als möglich hinzustellen. Die Bissen der Streikbeteiligten sind sehr kräftig, denn es gilt dem ober-schlesischen Bergmann einzuflößen, daß der Kampf dort verfehlt ist, hier also erst garnicht angefangen werden darf.

Verleumert man so den Riesenstempel, so ist man bei den Berichten über den angeblichen Terrorismus und den Ausschreitungen der Streikenden mit den allergrößten Zahlen zur Stelle. Man muß nur den unparteiischen „Wanderer“ in die Hand nehmen und lesen, um zu wissen, in welcher Form und in welcher Absicht geschwunden wird. Nach Wäutern dieses Kalibers und des „Kuriers“ findet im Streikgebiet eine Schlacht nach der anderen statt. In dieser Schreibung liegt wohlberedete Absicht, die Streikenden in den Augen des Bürgertums herabzuziehen.

Neustadt OS., 13. März. Ein belehrter Amts-vorsteher und ein belehrter Landrat. Bei der verflochtenen Reichstagswahl sind unsere Genossen auch im höchsten Maße ein gut Stück vorwärts gekommen. Freilich waren die Schwierigkeiten, die sich der Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel in den Landorten oft entgegenstellten, nicht immer leicht zu überwinden. Speziell in Wiese und Langenbrück, wo die Frommen in trauriger Harmonie mit dem Ortsgehaltigen den Einzug der Polen in die genannten Orte verhindern wollten. So wurde versucht einer seinerzeit dahelst abgehaltenen Versammlung Schwierigkeiten zu machen. Der über-machende Gendarm wies auf die, durch das in der Nähe befindliche mit Stroh bedeckte Haus des Grundstückseigentümers hervorgerufene Feuersgefahr hin und wollte einen für die Versammlung viel ungeeigneteren Platz anweisen. Der Leiter der Versammlung, Genosse Kluger, beehrte aber den Hüter des Geleises, daß er schon im voraus das Rauchen der Versammlungsteilnehmer untersagt habe. Um aber fürberhin vor solchen „Aufmerksamkeiten“ geschützt zu sein, wurde beim Landratsamt Bescheid gegen die Ortsbehörde erhoben. Diese wurde aber als unangenehm abgewiesen. Nun hat in dieser Angelegenheit der Regierungspräsident zu Oppeln das Wort gesprochen und folgende Antwort angestellt:

„Auf Ihre weitere Beschwerde vom 15. Februar 1912 habe ich hiermit unter Abänderung des abweisenden Bescheides des Landrats zu Neustadt OS., vom 1. Februar 1912, die Verfügung des Amtsvorstehers zu Wiese gräflich vom 20. November 1911 auf.“

Die Gefahr, die aus der Abhaltung der Versammlung bei der Nähe der mit Stroh gedeckten Gebäude für die öffentliche Sicherheit zweifellos zu befürchten war, hätte durch ein polizeiliches Rauchverbot beseitigt werden können. Die Einschränkung in der Wahl des Ortes war unzulässig, da dieses Mittel zur Abwendung einer Feuersgefahr zunächst offen stand.

Ich habe den Amtsvorsteher in diesem Sinne verständigt. Ihre Annahme, daß die Genehmigung einer Versammlung seitens der Ortsbehörde nicht unter einer Auflage erfolgen dürfte, ist irrig. Eine Auflage ist insoweit zulässig, als sie erforderlich ist, um eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzuwenden. Hierbei ist aber, wenn mehrere Möglichkeiten gegeben sind, stets das Mittel zu wählen, das die Versammlungstettheit im geringsten Maße beschränkt.“

So, das wäre wieder eine Nase für einen Amtsvorsteher und auch für den Landrat. Mit welcher zäher Energie die unteren Genossen sich ihre Rechte auf dem Lande erkämpfen müssen, dafür möge dieser Vorzug als Beispiel dienen. Doch all diese Schwierigkeiten sind nur geräusch, trotz aller Hindernisse den Mut unserer Genossen zum Eindringen in die Landorte noch mehr zu erhöhen.

Wentzen OS., 11. März. Zur Kawa-Regulierung. Wir der Frage der Kawa-Regulierung beschäftigte sich der zur Zeit in Breslau tagende Provinzial-Landtag. Im Auftrage der Regierung war dem Provinzial-Landtag der Entwurf eines Kawa-Gesetzes zur Begutachtung vorgelegt worden, und dem Antrage der Kommission gemäß äußerte sich der Provinzial-Landtag am Mittwoch in zu sammendem Sinne. Die Kawa ist ein starker Rausch im ober-schlesischen Industriegebiet, der keine natürlichen Quellen besitzt, sondern sein Dasein lediglich dem Zusammenfließen dreier Wasserläufe zu danken hat, die aus Abwässern der Industriebetriebe und Hauswirtschafte, sowie aus Niederschlagswasser im Kreise Wäutern bestehen. Daß sie unter solchen Umständen nicht geeignet ist, an der Verbesserung der Luftverhältnisse mitzuwirken, läßt sich leicht denken. Schon seit 1893 wird gegen die Schäden angefaßt, die sie verursacht; aber es war dabei mehr von wirtschaftlichen als von sanitären Gesichtspunkten aus gehandelt worden. Jetzt aber gilt es, die Regulierung lediglich auf Grund hygienischer Forderungen wirksam durchzuführen, und dem Gebräuch, den die Kawa zumeist, besonders im heißen Sommer, erzeugt, für immer ein Ende zu machen. Vorbildlich für den Gesetzentwurf war das Gesetz, auf Grund dessen die Verfür der Emischer geregelt worden ist; denn die Vorschriften dieses Gesetzes haben sich bei Entwürfen und Vorläufigen Beratungen großen Stiles praktisch gut bewährt. Das dem Entwurf zugrunde liegende Projekt ist durch die Emisergenossenschaft aufgestellt worden, und seine Ausführungsstellen beauftragt, laut Anschlag, auf 2.600.000 Mark. Der Plan begreift mit seinen Maßnahmen einen glatten Abfluß des Klugwassers und eine unschädliche Abführung auch des höchsten Grundwassers. Ferner will er das Gefälle für die zahlreichen geplanten Kanalisationen erhalten, deren Kläranlagen der künftige Kawaverband betreiben soll, nachdem sie für deren Zweck hergerichtet oder neu angelegt sein werden. Schließlich soll in Verbindung mit der Regulierung eine Senkung des Grundwasserstandes angestrebt werden, die erhebliche wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen und die gesundheitlichen Bedenken des jetzigen höchsten Grundwasserstandes beseitigen soll. Vor allem soll dadurch die Befestigung der letzten Stämme mit ihren Ableitenden und gesundheitsgefährlichen Lunkeln erzielt werden. Die Kosten sollen von den Interessenten aufgebracht werden: von der Industrie, den Gewerben, den Gemeinden und den Gutsbesitzern.

Wentzen OS., 14. März. Verschüttet. Auf der Karnalsfreudegrube ist der Grubenhauer Gregorzyl aus Hohenlinde von eingestürzten Kohlenmassen verschüttet worden. Er wurde zwar noch lebend geborgen, ist aber in hoffnungslosem Zustande in der hiesigen Knappschaftslazarett eingeliefert worden. Auf derselben Grube ist der Zimmerhauer Jendrekty von einem Holzstempel schwer verletzt worden. J. wurde auch nach dem hiesigen Knappschaftslazarett gebracht.

Wentzen OS., 14. März. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 16. d. M., abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal, Goystraße 7. Vortrag des Kollegen Döring.

Jabrze, 14. März. Sozialdemokratischer Verein. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftslokal, Gartenstraße 27: Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Lichtenstein. Jabrze. Abrechnung von den Reichstagswahlen. Mitgliedsbuch legitimiert. Nach Schluß der Versammlung findet eine Zusammenkunft der Mitglieder des Vereins „Pressefonds“ statt.

Rabitzsch, 14. März. Gemeindevorsteher Konrad Landrat. Für den am 1. April d. J. aus dem Amte scheidenden Gemeindevorsteher Wagner ist in einer früheren Sitzung der Gemeindevorsteher der hiesige Kreissekretär Rechnungsrat Krause aus Jabrze zum Gemeindevorsteher gewählt worden.

worden. Mit Rücksicht auf das Alter des Gewählten. 66 Jahre ist die Wahl vom Landrat nicht bestätigt worden. Auf demselben Standpunkt hat sich auch der Bezirksausschuß in Opeln auf der Beschwerde der Gemeindevorsteher wegen der Nichtbestätigung durch den Landrat gestellt. Ungeachtet dessen hat die Gemeindevorsteher in einer neuen Sitzung den Rechnungsrat Krause mit zehn von dreizehn abgegebenen Stimmen wieder zum Gemeindevorsteher gewählt.

Leuchter, 14. März. Herabgestürzter Kronleuchter. Der Oberstl. Anz. schreibt: Am Samstag stürzte in der hiesigen Pfarrkirche der im Hauptschiff angebrachte große Kronleuchter herab, glücklichem wie in der obern Dienstfreien Zeit. Wäre dies ein schlimmes Stück mit seiner umarmenden Kerzen während des Gottesdienstes in die Menge hineingestürzt, hätte großes Unglück entstehen können.

Unfall, 14. März. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Felde des Ritterausbeizers Variega in Kawonlau. Der Knecht Franz Bonk geriet unter einer Pflanz. Die Pflanzschere zerfiel ihm beartig, daß namentlich an den Oberschenkeln beider Beine die Knochen bloßgelegt wurden. Wären nicht Mitarbeiter sofort herangefahren und hätten den Zugochsen zum Stehen gebracht, so wäre die Pflanzschere dem Verunglückten in den Unterleib gedrungen. Der Bedauernswerte wurde in das Krankenhaus nach Guttentag gebracht, wo ihm die Wunden zugenäht wurden.

Mysłowiz, 14. März. Schwere Eisenbahn-Unfälle — 7 Personen tot — 15 schwer — 40 leicht verletzt. Wie aus Mysłowiz gemeldet wird, ist Mittwoch früh um 4 Uhr bei der Ausfahrt eines mit etwa 1000 galizischen Arbeitern besetzten Sonderzuges aus der österreichischen Station Trzebinia ein Rangierzug dem Sonderzuge in die Flanke gefahren. Dieser wurde umgeworfen, wobei zehn Wagons zerstört und 5 Personen schwer verletzt oder getötet wurden. Trzebinia ist auf der Strecke Mysłowiz-Kraus die dritte Station und 29 Kilometer von Mysłowiz entfernt.

Nach einer anderen Meldung sind 7 Personen tot, 15 schwer und 40 leicht verletzt.

Breslauer Schlachtmärkte. Amtlicher Bericht über den Schlachtmarkt am 18. März. Der Auftrieb betrug: 1420 Minder, 2178 Schweine, 1079 Kälber, 100 Schafe. Ueberhand vom vorletzten Male waren: 4 Minder, 58 Schweine, 2 Schafe. Es wurden verkauft für 50 Markogramm:

	Lebende Gewicht:	Schlachtgewicht:
I. Minder. A. Schafe:		
Vollfleischige, ausgemästete Köpfe höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gegoren haben (ungetödt)	44-47	76-81
Vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren	39-43	72-80
Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	34-38	68-76
Mäßig gemästete Junge, gut gemästete ältere	bis 31	bis 69
B. Kälber:		
Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	44-48	75-81
Vollfleischige Kälber	40-43	68-73
Mäßig gemästete Kälber, gut gemästete ältere	35-37	63-66
C. Minder und Kälber:		
Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	43-46	74-79
Vollfleischige, ausgemästete Köpfe höchsten Schlachtwerts, bis zu 7 Jahren	37-42	69-78
Mäßig gemästete Köpfe und wenig gut entwickelte ältere Kälber und Kälber	32-35	59-65
Mäßig gemästete Kälber und Kälber	25-30	59-67
Gering gemästete Kälber und Kälber	bis 22	bis 55
D. Gering gemästete Kälber (Kälber):		
II. Kälber:		
Doppelender feinstes Mast	—	—
Ährliche Mastkälber	—	—
Mittlere Mast, und beste Feinstkälber	32-55	87-92
Geringere Mast, und gute Feinstkälber	45-48	78-83
Geringe Feinstkälber	37-41	74-82
III. Schafe. A. Stallmastschafe:		
Mastlamm und jüngere Mastlamm	42-45	83-89
Ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut gemästete junge Schafe	30-35	64-73
Mäßig gemästete Mastlamm und Schafe (Ferkelschafe)	23-29	55-66
B. Feldmastschafe:		
Mastlamm	—	—
Geringere Mastlamm und Schafe	—	—
IV. Schweine:		
Vollfleischige Schweine über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	53-55	66-69
Vollfleischige Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	50-54	65-69
Vollfleischige Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	48-51	62-66
Vollfleischige Schweine bis 80 Kilogr. (160 Pfund) Lebendgewicht	45-48	60-64
Gauze und geschlachte Ober	46-50	60-65
Jeiterschweine über 100 Kilogr. (200 Pfund) Lebendgewicht	53-56	65-68

Der Verkaufsausschuß war mitteilhaftig. Auftrieb nach Oberschlesien: 891 Minder, 78 Schweine, 48 Kälber, 18 Schafe nach M. und N. Oberschlesien: 15 Minder, 68 Schweine, 8 Schafe; nach Schlesien: 118 Minder, 9 Schweine; nach Westschlesien: 289 Minder, 61 Schweine. Ueberhand vertrieben: 7 Minder, 22 Schafe. Von den Schweinen wurden verkauft: 7 Stück zu 60 Mk., 1 zu 58, 81 zu 50, 20 zu 47, 50 zu 46, 126 zu 65, 281 zu 54, 269 zu 58, 374 zu 52, 344 zu 61, 87 zu 50, 112 zu 49, 91 zu 48, 74 zu 47, 82 zu 46, 89 zu 45, 10 zu 44, 28 zu 48, 11 zu 42, 8 zu 40, 2 zu 37, 1 zu 32 Mk.

Briefkasten

Schriftliche Zuschrift wird nur ansnahmsweise erteilt. Ebrechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags.

Th. K., Glogau. Landtagsabgeordneter Gräsdorf in Dresden.

Genosse 64. Die Stillprämie ist keine Armenunterstützung. Sie behalten trotz der Stillprämie das Wahlrecht.

A. Sch. 33. Die Schuld beim Gastwirt verdirbt in zwei Jahren. Da die Forderung im Juli 1910 entstanden ist, müssen Sie also noch zahlen.

H. W., zetzau. 1. Bis zu 6 Prozent. 2. Was der Vor-sitzende getan hat, erabst sich ohne weiteres aus den neueren gesetzlichen Bestimmungen; es läßt sich dagegen nichts einwenden. Allerdings hätte der Vorsitzende sagen müssen, daß er die Klende-rung vornimmt.

L. Sachwitz. Es ist nur das anzugeben, was der Frau gehört hat; was in der Ehe vom Verdienst des Mannes ange-schafft wurde, ist nicht aufzuführen.

Jasmatzi ist das allerbest!
Schon stets u. überall gewest.
Drum tun wir öffentlich hier kund
Den Rauchern auf der Erde rund
Solch Kräutlein lbrgar selten sind,
Es labet Mann und Weib u. Kind.
Geschmack u. Duft u. billigen Preis
Wohl jedermann zu rühmen weiß!

Annodomini 1912 • Das Rauch-Kollegium

JASMATZI-GIGARETTEN
sind die populärsten u. werden
fast täglich am meisten geraucht.
Besonders beliebte Marken:

Unsere Maße: 2 fl.
Jasmatzi Dubec 2 fl.
Elmas 3-5 fl.
Reinepreiswürdige Qualitätswaren